Sonnabend, 23. Juni 1923. **Einzelnummer 500 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 139.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15 000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 250.— M. Reklameteil. 750.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M., Reklameteil 750.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Zusammenhänge.

Jedesmal, wenn die polnische Mark fällt, erhebt sich die Frage: Warum?

Man sucht nach Gründen, man fragt kluge Leute und Leute, von denen man annimmt, daß sie hinter die Kulissen der geheimnisvollen Kursvorgänge gucken können, man fragt jetzige und ehemalige Finanzminister, Bankdirektoren und Industrielle. Man bekommt viele Antworten. Inflation, ungünstiges Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr, übermäßiger Zufluß ausländischer Valuten... Vielleicht ist in jeder dieser Antworten ein Körnchen Wahrheit enthalten.

Aber noch niemals zuvor wurde mit solchem Nachdruck wie in den letzten Tagen in fast allen Antworten auf die Frage nach den Ursachen des Sturzes der polnischen Mark immer wieder auf dieses Eine hingewiesen: auf die Abhängigkeit der polnischen Mark von der deutschen Mark und die Abhängigkeit des polnischen Wirtschaftslebens vom deutschen Wirtschaftsleben.

Wodurch diese Abhängigkeiten selbst wieder bedingt sind und welche Schlüsse aus der Feststellung der Tatsache dieser Abhängigkeiten zu ziehen sind, darüber gehen die Meinungen der verschiedenen Befragten und Ratgeber und der Blätter, die sich mit ihnen beschäftigen, auseinander. Die Tatsache als solche steht fest.

Wenn es aber wirklich so ist, daß der Stand der polnischen Mark von dem Stande der deutschen Mark abhängig ist, mit ihr sinkt und mit ihr sich hebt, dann müßte man doch eigentlich — das scheint eine selbstverständliche Folgerung — in Polen sich bemühen, die Gründe des Sinkens der deutschen Mark klarzustellen und alles daran zu setzen, der Notlage der deutschen Mark abzuhelfen. Im eigenen Interesse.

Die Gründe des Sinkens der deutschen Mark sind ganz außerordentlich klar. Wir wissen, daß noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit trotz der ungeheueren Bedrängnis, in der Deutschland seit dem Kriege lebt, es immer noch gelang, die deutsche Mark auf einer Höhe zu halten, die ein einigermaßen normales Wirtschaftsleben und ein erträgliches Dasein der Bevölkerung Deutschlands ermöglichte.

Das gelang, weil in Deutschland gearbeitet wurde, weil Werte geschaffen wurden, weil die Hämmer sausten und die Räder rollten, weil Faust und Hirn arbeiteten, — arbeiteten, weil Hoffnung vorhanden war, daß durch Arbeit Land und Volk gerettet und geheilt werden könnten.

Jetzt ist man in Deutschland mutlos und hoffnungslos geworden, und der deutschen Arbeit wurden Hände und Füße gebunden. Seit wann? Seit den französischen und belgischen Reparationsforderungen im Sommer vor einem Jahr und ganz besonders seit dem Beginn des Unternehmens, das man beschönigend die „Ruhraktion" nennt. Deutschland wurden die Daumenschrauben angelegt. Ihm geht es schlecht. Das Fieberthermometer seines wirtschaftlichen Elends zeigt den niedrigen Stand seiner Mark. Ein Simulieren ist hier nicht möglich.

Wenn die französisch-belgischen Reparationsforderungen und der Ruhrfeldzug die unmittelbare Ursache des katastrophalen Sturzes der deutschen Mark und des Niederganges des deutschen Wirtschaftslebens bilden, dann braucht nicht erst ausgesprochen zu werden, wer **die Schuld** daran trägt. Wir alle kennen die Schuldigen.

Was weiter daraus folgt, ist ebenso klar. Wenn es feststeht, daß der Stand der polnischen Mark von dem Stand der deutschen Mark abhängt und daß die Entwickelung des Wirtschaftslebens Polens von der Entwickelung des deutschen Wirtschaftslebens abhängig ist, dann muß jetzt auch dies feststehen: **Die Schuld** an dem Niedergang der polnischen Mark und des polnischen Wirtschaftslebens tragen — **die Franzosen**, die Urheber der „Ruhraktion", die das gewaltige Sinken der deutschen Mark herbeiführte, — die Franzosen: die besten Freunde Polens, deren Betätigung im Ruhrgebiet von der polnischen Regierung mit großer Sympathie begrüßt wird, wie Herr Außenminister Seyda mit einer Deutlichkeit kundtat, die nichts zu wünschen übrig ließ.

Jetzt klagt man über den Sturz der polnischen Mark.

Hat man etwas dazu getan, die Dinge zu verhindern, die den Sturz der deutschen Mark und infolgedessen den Sturz der polnischen Mark herbeiführten? Hat man versucht, die im Grunde doch schon längst erkannte Tatsache der Abhängigkeit der polnischen Mark von der deutschen Mark politisch zu verwerten und die Politik Polens danach einzustellen?

Nein. Es wurde eine Politik getrieben, die jenen wirtschaftlichen Tatsachen stracks zuwiderlief, eine Politik, die aufs engste mit den Dingen zusammenhängt, die das Ruhrunternehmen und infolgedessen das Sinken der deutschen und der polnischen Mark herbeiführten. Eine Politik, deren Früchte wir jetzt genießen: die Mark sinkt, die Preise steigen.

Politik und Wirtschaft sind nicht von einander zu trennen. Die Wirtschaft aber steht unter ehernen Gesetzen, die ebenso stark sind wie die Gesetze, nach denen das Getreide wächst und die Frucht reift, — Gesetze, gegen die nicht nur ein einzelner Minister, sondern auch eine ganze Regierung machtlos ist.

Der Sturz der Polenmark.

Mitschuld der Lodzer Industrie?

In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß der letzte Sturz der polnischen Mark durch die Lodzer Textilindustrie veranlaßt worden sei, welche durch die Danziger Kommissionäre auf die dortige Börse alle Vorräte an Polenmark werfen ließ, um ausländische Valuten zu erwerben, die sie zur Bezahlung des benötigten Rohmaterials verwenden wollte.

In Lodz wird weiter gearbeitet.

Die kritische Lage der Lodzer Textilindustrie, die vor einem Ausstand zu stehen schien, hatte zur Folge, daß am Dienstag der Arbeitsminister Darowski in Lodz eintraf.

Nach Verständigung mit dem Bezirks-Arbeitsminister wurden der Verband der Textilindustrie zwecks Entsendung ihrer Vertreter zu einer Konferenz in Kenntnis gesetzt.

Zunächst fand eine Beratung mit den Industriellen statt. Der Herr Minister betonte in seiner Ansprache, daß er sich in der Situation der Industriellen vollkommen orientiere und die Schwierigkeiten verstehe, welche die Industrie infolge Mangel an flüssigem Gelde und der Valutakrisis durchlebe. Durch den Valutasturz seien aber auch die Arbeiter schwer betroffen worden, die mit ihrem Verdienst nicht mehr auskommen können. Die Industriellen müssen, nach Ansicht des Ministers, in Betracht ziehen, daß das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital nicht nur im Interesse des Staates, sondern der Industriellen selbst liege. Speziell die Lodzer Industrie, welche die Weltkonjunktur kennt, versteht den Standpunkt des Arbeitsministeriums und wird daher auch wieder die Lohnstreitigkeiten zu schlichten verstehen. Zum Schluß seiner Ansprache schlug der Minister vor, die Forderungen der Arbeiter anzunehmen.

Die Industriellen beleuchteten den schweren Stand der Industrie, der infolge des Dollarsprunges große Gefahr drohe, Rohmaterialen, die nach dem Dollarkurs berechnet werden, können unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr eingekauft werden. Die Produktion wird eingeschränkt werden müssen, und gar viele Fabriken werden mal schließen müssen. Die Industriellen wollen es aber zu einer Schließung der Fabriken nicht kommen lassen und sind weiter bereit Opfer zu bringen. Der Herr Minister wurde ersucht, der Regierung die schwere Situation der Industrie zu unterbreiten und zu befürworten, damit die Regierung der Industrie reale Hilfe bringe. Die Industrie erwarte keine Wohltätigkeit, wohl aber ein Verständnis ihrer Bedürfnisse, was auch im Interesse des Staates liege.

Der Minister versprach, eine Konferenz der Vertreter der Industrie mit der Regierung zu bewirken.

Um 3 Uhr nachmittags fand eine Konferenz mit den Vertretern der professionellen Arbeiterverbände statt. In seiner Ansprache betonte der Minister, daß er die Forderungen für begreiflich finde, bat aber die Arbeiter angesichts der kritischen Lage in der Industrie ihre Forderungen zu reduzieren. Nach dieser Ansprache ergriffen der Reihe nach die Vertreter der Verbände das Wort, die auf den schweren Stand des Arbeiters hinwiesen. Inzwischen erschienen auch die Vertreter der Industriellen, die erklärten, 20 % Lohnerhöhung zu gewähren. Auf Drängen des Arbeitsministers Darowski ließen sich die Industriellen schließlich zu einer Zulage von 30 % bewegen, womit sich die Arbeiter auch einverstanden erklärten. Die neuen Arbeitslöhne verpflichten von Montag, dem 18. Juni, ab.

Dank dem raschen und zielbewußten Eingreifen des Arbeitsministers wurde ein Ausstand in der Lodzer Textilindustrie, der unter Umständen sehr weitreichende Folgen hätte haben können, verhindert.

Der Lodzer Valutabedarf.

Gleichzeitig mit dem Arbeitsminister Darowski weilt in Lodz der Generaldirektor der polnischen Landesdarlehnskasse Makowiecki, die dortigen Industriellen dahin zu verpflichten, daß sie von nun an die für ihre Fertigfabrikate erhaltenen ausländischen Valuten zum Ankauf von Rohmaterial verwenden und sich nicht anderweitig fremde Valuten besorgen. Die Tendenz der Regierung geht in der Richtung, daß die Lodzer Industrie ihren Valutabedarf einzig und allein durch die polnische Darlehnskasse deckt, nach dem sie zuvor die erhaltenen Valuten in der Landesdarlehnskasse niedergelegt hat.

Verhandlungen mit der oberschlesischen Industrie.

Nach Kattowitz sind Dr. Głowacki, Direktor des Monopoldepartements, sowie der Leiter der Abteilung für inneren Devisenumsatz, Walter, abgereist, um mit den oberschlesischen Industriellen zu verhandeln, damit auch sie die fremden Valuten, die sie für die ins Ausland gelieferte oberschlesische Kohle in Zahlung bekommen, an die polnische Landesdarlehnskasse abführen.

Vorgehen gegen die schwarze Börse im Wilna und Bialystok.

Auf den schwarzen Börsen in Wilna und Białystok sind am 20. d. Mts. infolge polizeilichen Vorgehens, ebenso wie in Warschau, Paniken entstanden. In Wilna fiel gestern abend der Dollar auf 100 000, in Białstok auf 82 000.

Rücktritt Grabskis und Seydas?

Im Zusammenhang mit der Erregung über den katastrophalen Marksturz gehen in Warschauer gut unterrichteten Kreisen Gerüchte vom **Rücktritt des Finanzministers Wł. Grabski**, als dessen Nachfolger **Dr. Szarki**, Generaldirektor der polnischen Industriebank in Lemberg genannt wird. In Sejmkreisen spricht man auch von einer bevorstehenden **Demission des Außenministers** Marjan Seyda, dessen Programmrede in weiten Kreisen der Politiker und Finanzmänner als unklug Widerspruch erregte. Als seinen Nachfolger betrachtet man den Nationalistenführer **Roman Dmowski.**

Eine neue Rede des Außenministers.

Unser Warschauer Sonderberichterstatter schreibt uns:

Herr Marjan Seyda hat im Senatsausschuß eine weitere Rede über die polnische Außenpolitik gehalten, in der er sehr erfreulicherweise wieder die absolute Friedenspolitik Polens feststellt, aber die Form, in der das geschieht, sieht fast so aus, als befände sich der Außenminister, der sich ein wenig die Nomenklatur populärer Volksredner der Rechten zu eigen macht, sozusagen in Kampfstellung zu seinem Kollegen von den Finanzen. Herr Grabski führt klar und vernünftig die Wirtschaftskatastrophe in Polen auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch in Deutschland zurück, Herr Seyda dagegen auf die „trüben Machinationen der internationalen Finanz" — eigentlich heißt es „der jüdischen Finanz", um ganz korrekt im Sinne dieser populären Herren zu sprechen. Also die internationale Finanz ist es gewesen, die die Gerüchte ausgesprengt hat, Polen begünstige einen Angriff der Wrangel usw. auf die Sowjetukraine, um von da aus gegen die Sowjetrussen vorzustoßen. Auch von dort stammen nach Herrn Seyda die Gerüchte, daß Polen gegen Danzig aktiv, mit den Waffen vorgehen werde (und nicht etwa aus der chauvinistischen Presse Polens selbst, die fortdauernd ein solches Vorgehen gefordert hat). Alles das geschah angeblich nur, um die polnische Mark zu drücken, was also auch, wie Herr Seyda sagt, gelungen ist. Wenn Herr Seyda gehört hätte, wie sich selbst Politiker über diese schätzenswerten Offenbarungen geäußert haben, die Herrn Seyda politisch keineswegs feindlich gegenüberstehen, so wäre er einigermaßen erstaunt über den Erfolg dieser Bekenntnisse gewesen! Also Herr Seyda erklärt, daß Polen Rußland nicht angreifen werde, was übrigens kein Mensch geglaubt hatte, und er versichert, daß auch Danzig keinerlei bewaffnete Angriffe von Polen zu fürchten habe, was ebenfalls ohne weiteres richtig ist, und Herr Seyda hätte hinzufügen können, daß selbst die französische Politik, die der französische Gesandte in Warschau ebenso deutlich wie vertraulich zum Ausdruck brachte, keinerlei Abenteuer Polens im Osten wünscht, da man wohl sehr leicht eine Aktion gegen eine einzelne Stadt beginnen kann, da man aber keineswegs weiß, wo eine solche Aktion endet und wer sich schließlich noch in die Affäre hineinmischt, so daß möglicherweise bei einem Eingreifen Rußlands plötzlich der ganze Osten wieder in Flammen versetzt werden könnte. Gegen Danzig also wird Polen „nur" die Druckmittel anwenden, die es bereits begonnen hat. Außerdem wiederholt der Außenminister gegen Danzig alle die Vorwürfe, die wir schon kennen. Er macht wieder dem Völkerbund den Vorwurf, daß er an Danzigs „Hartnäckigkeit" die Schuld trüge, um dann gleich darauf zu sagen, daß sich Polen in seinem Konflikt mit Danzig an den Völkerbund wenden werde, wofür ja bekanntlich Vorwürfe an den Völkerbund eine passende Einleitung bilden. Dann gibt Herr Seyda seine Prinzipien zu erkennen, die er gegenüber dem Völkerbund aufrecht zu erhalten gedenkt. Sie bestehen, wie man ebenfalls schon weiß, darin, daß er weder den Vertrag mit Danzig vom Oktober 1921 noch die Pariser Konvention anerkennt, wo sie sich den Ansprüchen Polens in den Weg stellen, und daß er den Art. 103 des Versailler Vertrages über die Entscheidungen des Völkerbundes und schiedsrichterlicher Lösung so aufgefaßt wissen will, „wie ich es verstehe". Mit anderen Worten, auch hier wird wieder die These aufrecht erhalten, daß die Entscheidungen des Völkerbundes als eine Einmischung in die legislative und Exekutivgewalt der Polnischen Republik empfunden werden, wenn sie sich den Forderungen Polens widersetzen. Der Ton gegen Deutschland: Vorwürfe wegen Ausweisungen, Vorwürfe wegen „Gewalttätigkeiten" usw., und fast am gleichen Tage, an dem Herr Seyda eine Note an die deutsche Regierung richtet, weil der preußische Minister Braun das Vorgehen Polens gegen die Minderheiten tadelte, wird in der Schulkommission des Sejm die Einführung des Numerus clausus gegenüber den Minderheiten für die Zulassung an den Hochschulen beschlossen, eine Maßregel, die bei ihrer Durchführung die stärkste Verletzung des Minderheitenschutzvertrages darstellen würde. Diesmal fehlt, man kann sagen zum ersten Male, der Hinweis auf die sympathischen Gefühle, mit denen Frankreichs Ruhraktion von Polen begleitet werde. Herr Seyda ist vorsichtiger geworden, und es will uns fast so scheinen, als ob man selbst in Paris die letzte starke Anbiederung des Herrn Seyda, als er sagte, das Wohl und Wehe Polens hänge vom Ausgang der Ruhraktion ab, als etwas zu weitgehend empfunden habe.

Sejm.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.".)

Die Donnerstagssitzung des Sejm verlief ziemlich sang- und klanglos, da der wesentlichste Punkt der Tagesordnung, die Aussprache über das Exposé des Finanzministers, von ihr abgesetzt wurde. Die Aussprache soll am Dienstag stattfinden.

Den größten Teil der Sitzung nahm die Beratung über die Forstabgabe (danina lasowa) ein. Einen der springenden Punkte der Diskussion bildete auch diesmal die Frage, ob das Zahlen dieser Waldsteuer von der Vermögenssteuer befreie, was von sozialdemokratischer Seite bekämpft wurde, da man einen sehr kleinen Wald und gleichzeitig ein sehr großes Vermögen haben könne. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung mit einigen Änderungen angenommen. Die dritte Lesung wurde vertagt. Besonderes Interesse bot die Sitzung nicht. Lebhaft wurde es aber, als der Priester Lutosławski dafür eintreten wollte, daß neben dem militärischen Verdienstorden auch ein solcher für Zivilpersonen geschaffen werden solle. Die gesamte Linke, einschließlich der Minderheiten verließ den Saal, als Lutosławski sprechen wollte, was die Rechte zu leidenschaftlichsten Zwischenrufen veranlaßte. Der Redner schlägt vor, im Text des Gesetzes das Wort „Belohnung" durch das Wort „Auszeichnung" zu ersetzen. Mit dieser Änderung wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Einige Anträge und Vorlagen wurden den Ausschüssen überwiesen.

Am nächsten Dienstag wird vor dem Schulausschuß des Sejms die Einführung des Numerus clausus in dritter Lesung beraten werden. Der Sejmmarschall Rataj läßt erklären, daß er sich entschieden gegen den Numerus clausus aussprechen werde.

Das Haus war schlecht besetzt.

Nächste Sitzung: am Freitag.

Der Staatshaushaltsausschuß des Sejm

nahm in seiner Donnerstagssitzung den Gesetzentwurf über die akademischen Stipendien im Sinne des Referats der Abgeordneten Sokolnicka in dritter Lesung an. Darauf wurde nach dem Referat des Abg. Łażewski der Gesetzentwurf über die weitere Emission von Reichsbanknoten bis zu 2500 Milliarden und dann über Staatskredite in der Polnischen Landesdarlehnskasse bis zu 3150 Milliarden angenommen. Der Abg. Poniatowski äußerte den Wunsch, daß man das Projekt erst nach Einholung von Informationen beim Finanzminister erörtern möge. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Heeresfragen.

In der Donnerstagssitzung des Sejmausschusses für Heeresfragen wurde im Beisein des Kriegsministers, Gen. Szeptycki die Erörterung des Gesetzentwurfs über die allgemeine Militär-Dienstpflicht fortgesetzt. Art. 44, der von der Dienstpflicht für Frauen handelt, wurde gestrichen. Der Dienst der Frauen figuriert nunmehr in dem Abschnitt, der den Freiwilligendienst betrifft. Art. 45, der vom Hilfsdienst zu Kriegszeiten handelt, wurde unverändert angenommen. Der Kriegsminister erklärte sich bezüglich der Dienstzeit für eine achtzehnmonatige Dienstzeit ohne Unterbrechung, in der die beiden Sommerperioden ausfallen müßten. Darauf wurde eine Kommission gebildet, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Lage des polnischen Flugwesens und der polnischen Flugzeugindustrie zu prüfen. Zu der Kommission gehören folgende Abgeordnete: Załuska (Nat. Volksverband), Dubiel (Piast), Kościałkowski (Wyzwolenie), Wichlicki (Christl. Demokratie) und Malinowski (Sozialist).

Der Finanzausschuß des Sejm

setzte seine Aussprache über den Gesetzentwurf fort, der die vorläufige Regelung der Kommunalfinanzen betrifft. Art. 12, der die Beteiligung der Selbstverwaltungen an den Einkünften der Einkommensteuer betrifft, wurde im Sinne des Berichts des Abg. Michalski angenommen. Eine sehr lebhafte Aussprache setzte über Art. 13 ein, der von der Kommunalbesteuerung der Verbrauchsartikel handelt. Es wurde eine Generaldebatte durchgeführt, nach der auf Wunsch des Referenten u. a. folgende Thesen angenommen wurden: 1. Beibehaltung des Grundsatzes der Steuererhebung seitens der Selbstverwaltungen in Form der projektierten Staatssteuerzuschläge, 2. Beibehaltung des Grundsatzes, daß die Steuerstufe für die Kommunalsteuern nicht einheitlich sein wird, daß sie zum Beispiel für den Alkohol bedeutend höher sein wird als jetzt, 3. die Einkünfte aus dieser Zuschlagssteuer werden grundsätzlich in der vom Städteverband gebilligten Form verteilt, 4. Ausscheidung der Steinkohle, des Rohpetroleums und seiner Produkte, sowie des Salzes aus der Kommunalbesteuerung. Auf Grund dieser Thesen übertrug der Ausschuß dem Referenten die Umarbeitung des Art. 13.

Die Aussprache über das Exposé des Finanzministers.

Am Donnerstag mittag wurde auf Wunsch des Finanzausschusses vom Sejmmarschall der Ältestenausschuß einberufen, um die Frage der Aussprache über das Exposé des Finanzministers zu besprechen. Der in der Sitzung anwesende Minister Grabski bat um Aufschub der Diskussion bis nach seinem Ergänzungsexposé, da die Diskussion über das erste Exposé den Staatsinteressen schädlich sein könnte und die Parteien wahrscheinlich nicht genügenden Stoff zur Diskussion hätten. Der Abg. Thugutt erklärte darauf, daß der Diskussionsstoff Sache der Parteien sei. Dagegen stimmte der Redner der Ansicht des Ministers bezüglich der Schädigung der Staatsinteressen zu. Der Abg. Stroński schlug zwei Plenumdiskussionen, eine über das erste Exposé und eine über das Ergänzungsexposé vor. Für eine einheitliche Diskussion erklärten sich die Abgeordneten Moraczewski, Thon und Reich. Es wurde bestimmt, daß am Dienstag nach dem Ergänzungsepose eine einheitliche Diskussion stattfinden solle.

Das neue Mieterschutzgesetz.

Der Ausschuß für Rechtsfragen setzte seine Beratungen über das neue Mieterschutzgesetz fort. Zu Art. 2, der den Ausschluß aller Diensträume aus dem Mieterschutz betrifft, wurden folgende Verbesserungen angenommen: „mit Ausnahme der Räume von Hausverwaltern, die dem Mieterschutz unterliegen, es sei denn, daß sie auf ihren Posten verzichten oder durch eigenes Verschulden entfernt werden.“ Ferner sind Häuser im ehem. russischen und preußischen Teilgebiet, deren Bau nach dem 1. Juli 1919 beendet wurde, dem Mieterschutzgesetz nicht unterworfen, außerdem diejenigen, die vor dem 1. Juli 1919 Staatseigentum waren, es sei denn, daß sie von sozialen Institutionen eingenommen wurden. In den Staatsgebäuden, die die Regierung in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis zur Veröffentlichung vorliegenden Gesetzes erworben hat, kann die Regierung den Mietern kündigen, ist aber verpflichtet, für eine andere Wohnung zu sorgen. Außerdem wurde als Grundsatz angenommen, daß Gebäude, die Eigentum der Eisenbahn sind, nicht dem Mieterschutzgesetz unterliegen.

Republik Polen.

Die Verteidigung des Staates in der Luft.

Der „Kurjer Warszawski“ meldet, daß sich am Dienstag die Liga für die Luftverteidigung des Staates gebildet habe. Längere Referate hielten nach der Organisationssitzung Oberst Grzędzinski und Ingenieur Mazurkiewicz. Die Liga verfolgt die Entwicklung des polnischen Flugwesens durch Organisation von Bibliotheken, Fliegermuseen, durch Ausbildung von Flugpersonal und Unterstützung der eigenen Fliegerindustrie.

Das Interesse des fremden Kapitals für Polnisch-Oberschlesien.

Der „Kurjer Pozn.“ gibt eine Notiz der Londoner „Westminster Gazette“ wieder, der sich mit Polnisch-Oberschlesien beschäftigt. Dort heißt es unter anderem: „Die polnischen Gruben werden sachkundig geleitet. Die Nachfrage nach der Kohlenerzeugung dieses Gebietes wird immer größer. Ein hervorragender Industrieller aus Oberschlesien, ein Deutscher von Geburt und Nationalität, erklärte, daß Polen in Kürze imstande sein wird, die ganze Kohlenerzeugung Oberschlesiens im Lande zu verbrauchen. Nur die Eisenbahnverbindung zwischen Oberschlesien und den andern Industriebezirken Polens ist unzureichend. Private Unternehmungen müssen diesem Mangel abhelfen. Die vorgeschlagenen Bahnbauten, die größere Mengen von Kapital erfordern, werden ein sehr wertvoller Besitz sein. Da das Problem der Gewinnung neuer Märkte und neuer Rohstoffquellen sich mit der Zeit von selbst löst, ist zu hoffen, daß die Zukunft Oberschlesiens sehr günstig sein wird. Hier ist eine besonders günstige Gelegenheit zur Betätigung fremden Kapitals. **Die Franzosen haben das verstanden.** Hier ist jedoch Platz für alle. Ungeheure Vorräte an Mineralschätzen sind hier vorhanden, und Polen hat einen ungeheuren Markt, der auf Entwicklung wartet.“

Ein Wuchergericht.

In den nächsten Tagen soll in Warschau ein Wuchergericht geschaffen werden. Seine Kompetenzen wird ein entsprechendes Gesetz abgrenzen. Voraussichtlich werden sie sehr weitreichend sein. Das Gericht wird zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilen können.

Aus der polnischen Presse.

Ein Schrei der Entrüstung.

Die Nr. 137 der Posener „Prawda“ gibt unter der Überschrift „Einfach nicht zu glauben“ folgende Zuschrift an den „Orędownik Grodziski“ (Nr. 44) wieder: „Ist das wahr? Man meldet uns aus Neutomischel, daß es unter den dortigen Polen solche gibt, die um jeden Preis bemüht sind, einem Deutschen das Bleiben zu ermöglichen, der vom Wojewoden einen Ausweisungsbefehl erhielt. Es ist schwer zu glauben, daß sich Leute fanden, die Unterschriften sammelten für ein Gesuch, das eine besondere Abordnung dem Wojewoden überreichen sollte und durch das der Wojewode zur Zurückziehung des Ausweisungsbefehls bewogen werden sollte. Wir verzichten vorläufig auf Veröffentlichung der Namen jener Deutschenfreunde und erwarten eine Berichtigung von maßgeblicher Seite. Sollten wir keine Berichtigung bekommen, dann werden wir gezwungen sein, das, was uns gemeldet wurde, als schmerzliche Tatsache anzusehen und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.“ — Diese Zuschrift ergänzt der Verfasser der Notiz in der „Prawda“ (Unterschrift: Narodowiec) durch die Bemerkungen: „Jener ausgewiesene Deutsche ist der Leiter der hiesigen deutschen Bank, und das Gesuch an den Herrn Wojewoden wurde von einer Gruppe von Kaufleuten und Industriellen unterschrieben, außerdem aber auch vom Kreisarzt und vom Propst, die sämtlich Polen sind. Aber eine Ironie liegt in der Tatsache, daß zu den Unterzeichnern auch der Vorsitzende des Kreisausschusses des Westmarkenvereins (O. K. Z.) gehört. Das soll der Schutz unseres Städtchens vor der Verdeutschung sein! Zum Glück hat die zur Wojewodschaft entsandte Abordnung nichts erreicht, und der Deutsche mußte am 9. d. Mts. unser Städtchen verlassen. Jedenfalls verdienen jene „Polen“ allgemeine Verurteilung.“

Anmerkung der Schriftleitung des „Pos. Tagebl.“: Wenn die Tatsachen wirklich so liegen, wie der „Orędownik Grodziski“ und die „Prawda“ sie darstellen, dann beweisen sie nur, daß es wirklich tolerante und objektiv denkende Polen gibt, denen ihre Volksgenossen dankbar sein könnten für diesen Beweis, daß die polnische Toleranz nicht nur auf dem Papier steht. Daß unter den toleranten und objektiv denkenden Polen von Neutomischel sich auch der Kreisarzt und der Propst und sogar der Vorsitzende der dortigen Okazistengruppe befinden, stellt der Intelligenz und der Objektivität der polnischen Bevölkerung von Neutomischel ein besonders gutes Zeugnis aus und zeigt, daß sie noch nicht so stark vom Geiste des „Kurjer Poznański“ umnebelt sind wie offenbar der „Orędownik Grodziski“ und sogar die „Prawda“, das Sprachrohr der Nationalen Arbeiterpartei.

Eine Selbstcharakteristik.

Der „Dziennik Berliński“ tritt in einem Leitaufsatz unter der Überschrift „Der polnische Haß“ („Nienawiść polska“) in seiner Nr. 138 der Ansicht entgegen, im polnischen Volke sei der Haß gegen das Deutschtum verbreitet. Das polnische Blatt wendet sich besonders gegen eine Äußerung des „Vorwärts“ über den „polnischen Chauvinismus“ und schreibt dann:

„Daß der Pole vor dem Kriege die Deutschen haßte, unterliegt keinem Zweifel. Eine Verheimlichung dieser Tatsache wäre sinnlos. Tatsächlich haßte er Deutschland, ebenso wie er Rußland haßte, denn die Deutschen mußten ihm diesen Haß lehren, wenn sie ihn in der Zeit der Knechtschaft rücksichtslos bedrückten; aber auch dann war sich der Pole über den Unterschied klar, der zwischen dem Begriff der Regierung und dem des Volkes besteht. Er schleuderte gegen die Völker nur dann seine Flüche, wenn sie die Germanisierungs- und Russifizierungspläne der Regierungen ruhig akzeptierten. Zu dem polnischen Haß vor dem Kriege hat die ganze Geschichte Polens nach der Teilung beigetragen: die Geschichte der Bestialitäten und der Martern, zu denen das stolze, mehr als 20 Millionen zählende Volk verurteilt war. Der Krieg brachte ihm, was Deutschland betrifft nur neue Enttäuschungen. Die Komödie des „unabhängigen Polens“, die Deutschland arrangierte, wurde so beschränkt und grob, so preußisch und soldatenmäßig in Szene gesetzt, daß sogar diejenigen, die zeitweise an die Aufrichtigkeit der deutschen Politik glaubten, bald sehend wurden. Mit der einen Hand reichte man dem Volke die angebliche Unabhängigkeit, mit der anderen verwüstete man weiter das Land, füllte die Gefängnisse mit „Übertretern“, transportierte polnische Arbeiter nach Deutschland, füllte hiesige Konzentrationslager und Festungen mit „widerspenstigen“ Legionenoffizieren aus, mit dem späteren polnischen Staatschef Piłsudski und dem späteren Kriegsminister Sosnkowski an der Spitze. Aber der Krieg ging zu Ende, und nach einigen Jahren wurde die Frage der Westgrenze Polens endgültig entschieden. Von dem Haß vor dem Kriege ist wirklich nichts übrig geblieben. Wenn diesen Satz ein Deutscher liest, dann sagt er sich gewiß: „Das ist Lüge.“ Er würde so sprechen, weil er die polnische Seele nicht kennt. Er weiß von einem überspannten Nationalstolz des Polen, von seiner Verachtung für die ganze Menschheit und seinem Leichtsinn, vor allem aber von seinem Haß gegen Deutschland. Aber das ist noch nicht alles. Ganz abgesehen davon, daß er im allgemeinen im Polen niemals auch nur einen guten Zug erkennen kann, behandelt er sogar schlechte Merkmale als oberflächlich. Er sagt, der Pole ist leichtsinnig. Darin liegt zweifellos ein großer Teil Wahrheit. Aber nicht der Leichtsinn bildet das Kennzeichen der polnischen Seele, sondern ihre Versöhnlichkeit, vielleicht der oft zu schnelle Übergang von dem einen psychischen Zustand in den anderen, vielleicht gerade das zu schnelle Vergessen dessen, was gestern war. Der Pole kann ein Held sein, niemals aber grausam; er kann gestern noch mit dem Feinde gekämpft haben, ist aber bald bereit, ihm aufrichtig die Hand zur Versöhnung zu reichen. Er kann gestern noch gehaßt haben, um morgen den Haß zu vergessen. Diese polnische Eigenschaft, die ihre schönen, aber auch ihre schlechten Seiten hat, ist noch nicht gehörig verstanden worden. Auf die polnische Seele, wie übrigens auch auf die deutsche, schaut derjenige schlecht, der ihr wirkliches Gesicht in gelegentlichen politischen Artikeln finden will, in der ebenso dort in Polen, wie hier in Deutschland nicht immer maßvoll schreibenden Presse, besonders in der gewisser Richtungen. Da jedoch die deutsche Publizistik nicht anders auf die Dinge schauen kann oder will, so schafft sie das Bild eines Haß schnaubenden Polen, das jedoch fern ist von der Wahrheit.“

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und so sollte, würde es bleiben, allen Neuerern und Weltverbesserern zum Trotz. Bis in diesen stillen, friedlichen Erdenwinkel drang nichts von all dem Lärm, dem Haß und Neid, Kampf und Streit der Parteien, hier war noch nichts zu spüren von dem gewaltigen Gärungsprozeß, der Umwertung aller Werte. Knorrig und wurzelfest wie die alten, vielhundertjährigen Eichen saßen Herren und Bauern auf der von den Vorvätern ererbten Scholle, ein zähes, wetterhartes Geschlecht, wortkarg und schlicht, aber treu im Kleinen wie im Großen, voll heißer Liebe zur Heimatscholle.

Redern bog in den nach rechts abzweigenden, kaum fußbreiten Pirschpfad ein, der mitten durch eine fünfzehnjährige Fichtendickung nach der Grenzwiese führte. Der schwarze, schwere Humusboden war noch feucht vom Gewitterregen der letzten Tage. Ein würziger, herber, erdkräftiger Geruch erfüllte die Luft, und durch das dichte, verästelte Gezweig drang kein Strahl der Sonne. Hier stand mit Vorliebe Rehwild herum, wenn es von der Äsung zu Holze kam, um Siesta zu halten, und vor den blutsaugenden Plagegeistern, den Mücken und Bremsen, sicher zu sein.

Nur selten einmal kam Hasso an diese abgelegene Ecke In der Wirtschaft gab es jetzt alle Hände voll zu tun, ein ganzer Stoß unerledigter Briefschaften war noch aufzuarbeiten, aber schließlich, ein paar Stunden der Erholung konnte man sich schon einmal gönnen, und die Mamsell hatte himmelhoch gebeten, doch etwas Wildbret für die Küche zu liefern. Da mußte wohl oder übel ein Grenzbock daran glauben.

Der alte Graf Dassel war ohnehin kein Jäger; er hatte eigentlich nur zwei Passionen: das Spiel und die Pferde, doch seit ihn das Zipperlein plagte, war er solider in seinen Gewohnheiten geworden, und dann munkelte man auch, daß es mit den Finanzen des Clanitzers nicht zum besten stünde. Ein Wunder wäre das freilich nicht gewesen, denn in den früheren Jahren war Graf Eberhard als einer der wagehalsigsten Herrenreiter, Rennstallbesitzer und Turfspekulanten bekannt und berüchtigt gewesen, und was er nicht auf dem grünen Rasen zusetzte, das blieb abends auf dem grünen Tisch des Bakkarat- und Ekartétisches kleben. Aber vielleicht übertrieb auch das Gerücht, es wurde ja soviel erzählt, was man getrost durch fünfzig dividieren konnte.

Die Dickung lichtete sich, und Hasso nahm die Doppelbüchse von der Schulter. Möglicherweise konnte doch noch Rehwild auf der Grenzwiese herumstehen. Aber plötzlich fuhr Redern zusammen. „Jiff — Jiff — Jiff — Jaff! — Jiff — Jiff — Jiff — Jaff!“ klang das helle Gebell eines Hundes herüber — Donnerwetter nochmal, da war irgend so ein infamer wildernder Fixköter am Werke — aber warte, Kanaille, dir soll das Handwerk gelegt werden.

Im Laufschritt rannte Hasso nach dem Rande der Dickung, gerade rechtzeitig, um zu sehen, wie eine Ricke mit zwei Kitzen den Bestand annahm, während ein hirschroter Dackel mit fliegenden Behängen in den halbhohen Schmielen des Wiesengrases emporsprang und hechelnd hinter dem flüchtigen Wild heräugte. Wütend über den Störenfried hob Redern die Büchse, doch, noch ehe der gekrümmte Zeigefinger den Abzug berührte, rief eine frische, helle Stimme: „Lump! — Lump! Willst du wohl, Racker!“ und atemlos, mit erhitztem Gesicht und wirren, zerzausten Stirnlocken, lief ein junges Mädchen mit fußfreiem, graugrünem Lodenkleid quer über die Wiese. Unwillkürlich ließ Hasso die Büchse sinken und schob die Sicherung vor, während sich der Dackel schuldbewußt duckte und, mit der Rute den Boden klopfend, zu seiner Herrin emporäugte.

Das war ja ein unverhofftes Abenteuer. Redern konnte ein leises Lächeln nicht unterdrücken. Es war aber auch ein reizendes Bild, wie sich die junge Dame nun niederbeugte und dem zerknirschten Sünder eine Strafpredigt hielt: „Oh, du miserabler Kerl! Du Hetzer! Aber warte nur, von jetzt ab nehme ich dich wieder an das Korallenhalsband, und eine ganze Woche lang bekommst du keinen Zucker! Ja, nun bettelst du, du Untier — Pfote geben — freilich — aber von Appell keine Spur, du bist und bleibst ein „Lump“, ein Oberlump, und nun wirst du an die Leine genommen — so —“

Wer das Mädchen wohl sein mochte? Groß und schlank, goldbraunes, zu einer Krone aufgestecktes Haar, ein winziger, kirschroter Mund, große, tiefblaue Augen und eine leicht gebogene, kleine Nase — dazu die einfache, aber tadellos sitzende, aus bestem Stoff gefertigte Kleidung, jedenfalls eine Dame — eine Dame der Gesellschaft. Und plötzlich fiel es Hasso wie Schuppen von den Augen; das konnte doch nur — nein, das mußte Gräfin Marianne Dassel sein — die „kleine“ Marianne, die er als einen halbflüggen, jungenmäßig erzogenen Backfisch im Gedächtnis hatte. Freilich, seitdem waren viereinhalb lange Jahre vergangen und heute — heute mochte Gräfin Dassel wohl zwanzig zählen.

Redern trat einen Schritt vor: „Guten Morgen, Gräfin! Haben Sie den Ausreißer glücklich erwischt? Aber um ein Haar hätte ich ihn abgeschossen!“

Mit einem leisen Aufschrei fuhr das Mädchen herum: „O Gott — nein, Herr v. Redern, wie Sie mich erschreckt haben, es tut mir ja so leid, daß Ihnen nun die Pirsch verdorben ist; bitte, seien Sie mir und „Lump“ nicht böse, wir leisten reumütig Abbitte und wollen's auch gewiß nicht wieder tun!“

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Klemperer geht nicht nach Berlin.** Gegenüber der auch vom „Pos. Tagebl.“ wiedergegebenen Meldung von der Berufung des Kölner Generalmusikdirektors Klemperer an die Berliner Staatsoper wird jetzt gemeldet: Nach der „Kölnischen Zeitung“ haben die Verhandlungen der Intendanz des Berliner Stadttheaters mit dem Kölner Musikdirektor Otto Klemperer nicht zu einem Ergebnis geführt. Herr Klemperer hat darauf verzichtet, die Nachfolgeschaft anzutreten, da ihm seine Kölner Stellung größere künstlerische Freiheiten gewährt.

— **Die englische Goethe-Gesellschaft.** Wie englische Blätter berichten, hat die 1886 gegründete englische Goethe-Gesellschaft ihre durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit wieder aufgenommen und am 8. d. Mts. eine Versammlung abgehalten, auf der ihr neugewählter Präsident, Viscount Haldane, einen Vortrag führer Dr. Eugen Oswald, der gleich anderen seiner Landsdie Gesellschaft auch viele Mitglieder der deutschen Kolonie in England zu den Ihrigen. Ihre Seele war ihr rühriger Schriftührer Dr. Eugen Oswald, der gleich anderen seiner Landsleute nach der Bewegung von 1848 eine Zuflucht in England gefunden hatte. Daß es der Goethe-Gesellschaft möglich ist, in London wieder an die Öffentlichkeit zu treten, ist als ein freilich noch kleines Zeichen der Abkehr von der Northcliffeschen Verhetzung zu begrüßen.

Der gegenwärtige Stand der Reparationsfrage.

In England verzichtet man auf jede Regierungserklärung, auf jede parlamentarische Erörterung über die englisch-französische Politik, solange bis die französisch-belgische Antwort bekannt wird. Die belgische Regierung wird eine eigene Antwort senden, da sie in Einzelfragen anderer Meinung sein soll. Da in London jeden Mittwoch ein Kabinettsrat stattfindet, so erwartete man, daß die französische Antwort rechtzeitig eintreffen würde, um noch auf diesem Kabinettsrat zur Besprechung zu kommen. Man war daher sehr erstaunt, daß am Mittwoch eine Antwort nicht einlief.

Diese Zauderpolitik Poincarés erregt in diplomatischen Kreisen Erstaunen. Sie steht im Widerspruch zu der Eilfertigkeit, mit der sich Frankreich bisher zu den Fragen der Ruhrbesetzung zu äußern pflegte. Man glaubt die Verzögerung erklären zu können durch Meinungsverschiedenheiten in Frankreich und Belgien. Es scheinen, so schreibt ein Blatt, daß Belgien anfange, an der Klugheit des Ruhrabenteuers zu zweifeln. Frankreich sei in Gefahr sich allein zu sehen, weil Brüssel, Rom, London und Washington wünschen, daß es seine Ruhrpolitik noch einmal überlegen möge. Auch der plötzliche Sturz der Mark und des Frank sei ein Anlaß, daß Poincaré es sich zweimal überlegen dürfte, bevor er wieder glatt ablehnt, sich dem englischen Standpunkt zu nähern. Andrerseits sei Frankreich so sehr in das Ruhrabenteuer verwickelt, daß eine Änderung dieser Politik wahrscheinlich zum Sturz des Ministeriums Poincaré führen würde. Poincaré braucht also seine ganze diplomatische Geschicklichkeit. Man erwartet die französische Antwort jetzt am Donnerstag. Von ihr hängt Baldwins nächster Schritt ab, der von größter Bedeutung sein kann. Am Donnerstag soll, wie „Evening Standard" meldet, ein zweiter Kabinettsrat stattfinden.

Es wird in Paris sogar davon gesprochen, daß die französische Regierung über die beiden einleitenden Fragen der englischen Note die den passiven Widerstand und die sogenannte „Unsichtbare Besetzung" betreffen, noch keinen Entschluß gefaßt habe. Da dieser Entwurf aber in den letzten Tagen bereits von verschiedenen Zeitungen mitgeteilt wurde, so kann diese Meldung nur bedeuten, daß Belgien mit der französischen Fassung nicht einverstanden ist. Die französische Presse deutet an, daß die Ansichten Poincarés und Jaspars in einigen Punkten abweichen, und daß die Meinungsverschiedenheiten, die die englische Regierung von Frankreich trennen, groß sind. Von einigen Zeitungen wird ungeduldig auf einen Anstoß von Deutschland aus gewartet. Der „Temps" erklärt zum soundsovielten Male, daß es dringend nötig sei, die Regierung Cunos abzusetzen.

Die Londoner Handels- und Finanzwelt ist vielfach der Überzeugung, daß jede neue Verzögerung für die Reparationslösung verhängnisvoll sein würde. Brüsseler Depeschen weisen auf die Möglichkeit einer Kammerauflösung in Belgien hin, was die Verhandlungen neuerdings hinausschieben würde. Andrerseits hofft man, daß aus den Wahlen ein Kabinett hervorgehen werde, das Deutschland gegenüber eine vernünftige Haltung einnimmt.

Die Politik Italiens.

Italien gegen die Politik Frankreichs.

In Italien wird vielfach die Ansicht vertreten, daß es ein Irrtum gewesen sei, die Ruhraktion zu unterstützen und daß dieser Irrtum wieder gut gemacht werden müsse. Es sei heute klar, daß die Ruhrbesetzung eine Annullierung des Versailler Vertrages bedeute. Wenn die Franzosen den Versailler Vertrag zur Rechtfertigung anführen, so begingen sie eine Fälschung dieses Vertrages, schreibt der „Secolo". Der französisch-belgischen Vorbedingung einer Aufgabe des passiven Widerstandes könne Italien niemals zustimmen, ohne Frankreichs Vertragsverletzung gutzuheißen. Andrerseits finden sich in der italienischen Presse auch vorsichtige Äußerungen, die darauf hinweisen, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten vor allem auf dem englisch-französischen Gegensatz beruhen und daß Italien sich hierbei neutral verhalten müsse.

„Idea Nazionale" wirft den Franzosen vor, daß sie Deutschlands wirtschaftliche und politische Zerstörung betreiben. Gelinge dieser Plan, so werde die ganze europäische Wirtschaft gelähmt und die französische Kontinentalherrschaft eingerichtet, gegen die England, Italien und ganz Europa wiederholt ein energisches Veto aussprechen. Frankreich habe kein Recht, sein Sonderinteresse anstelle des europäischen Interesses zu stellen. Die Alliierten könnten sich nicht für das unlösbare Problem der französischen Tragödie opfern.

Ganz besondere Erbitterung erregt das Zusammenarbeiten Frankreichs mit Jugoslawien, das an der Adria Italien feindliche Pläne verfolgt. Man wirft dem jugoslawischen Außenminister Ninschitsch vor, daß er in seiner letzten Kammerrede Frankreich in ostantativer Weise verherrlichte, dagegen Italiens Verdienste um die Rettung des dezimierten Serbenheeres im Weltkriege totschwieg.

Die Stimmung in hohen italienischen Militärkreisen wird durch eine Unterredung treffend wiedergegeben, die ein deutscher Korrespondent mit General Bencivenga hatte, einem hervorragenden italienischen Offizier der während des Krieges die rechte Hand Cadornas war. Bencivenga ist völlig überzeugt, daß Frankreich einzig und allein die Vernichtung und gänzliche Ausschaltung Deutschlands beabsichtige und das deutsche Volk materiell und moralisch zugrunde richten wolle. England, Italien und Amerika sollten Deutschland nicht am Widerstande hindern, denn indem Deutschland sich selbst verteidige, stütze es das europäische Gleichgewicht.

Die französisch-belgische Propaganda in Italien

entfaltet eine lebhafte Tätigkeit. In Florenz nahm eine belgische Mission an einer Dante-Feier teil. Der belgische Senator de Gheffe äußerte in einer Rede: „Die Zukunft gehört uns, wenn wir Reparationen und Sicherheit erwirken. Deutschland war gestern unser gemeinsamer Feind und wird unser gemeinsamer Feind auch morgen sein." In so ungehöriger Weise benutzt die französisch-belgische Propaganda die Ehrung eines Geistes, der über den Völkern steht, zu egoistischer Reklame Das italienische Publikum, das an der Feier teilnahm, nahm die Worte des Belgiers schweigend, ohne ein Zeichen des Beifalls auf.

M[illegible]ni über Italiens Meerherrschaft.

Ebenfalls in Florenz hielt Mussolini eine Rede an das Volk. Er wies in etwas unbestimmten Andeutungen auf die großartige imperialistische Zukunft Italiens hin. Es wird der Herr des Meeres werden, das künftig kein Wall mehr gegen die italienischen Lebensinteressen sein werde. Italien und Rom seien fest in den Händen des Faszismus der für Italiens Größe leben und sterben werde.

Bei diesem Streben nach der Meeresherrschaft steht doch ganz offenbar Italien einzig und allein Frankreich auf der einen und Jugoslawien auf der anderen Seite, außerdem noch die französische Kolonie Tunis gegenüber von Sizilien im Wege.

Frankreichs Luftdrohung.

Der flugtechnische Berichterstatter des „Daily Chronicle" beschäftigt sich ausführlich mit den französischen Rüstungen für die Luftflotte. Er stellt fest, daß die französischen Militärsachverständigen zu dem Ergebnis gelangt seien, die Flottenrüstungen einzuschränken und dafür um so intensiver den Bau größerer Flugzeuge zu betreiben. Frankreich strebe die vollständige Herrschaft über den Kanal und über das Mittelmeer an, nicht durch den Kampf der Panzerflotten, sondern durch die Beherrschung der Luft. Im Jahre 1925 würde Frankreich in der Lage sein, 8000 Flugzeuge binnen 36 Stunden zum Abflug gegen ein feindliches Land bereitzustellen.

Die Bedeutung des passiven Widerstandes.

Der „Berliner Börsen-Courier" veröffentlicht einen interessanten Aufsatz des Reichsministers a. D. Schiffer, in dem er auf die Bedeutung des passiven Widerstandes hinweist, dessen Aufgabe für Frankreich nicht nur eine Prestigefrage, sondern auch eine machtpolitische Frage ist. Nach eingehender Besprechung der Motive Frankreichs und nach Ablehnung der englischen Kompromißformel eines „Waffenstillstandes", die die Sachlage völlig verkennt, würdigt der Verfasser diesen einzig dastehenden Abwehrkampf nach folgenden bedeutsamen Gesichtspunkten: „Der Militarismus hat ein Lebensinteresse daran, daß ein nichtmilitärischer Widerstand nicht siegreich bleibt. Wenn dieser Fall einträfe, wäre es mit seiner Herrlichkeit aus. Sobald die Völker erst einmal sehen würden, daß es auch ohne Massenmord geht, würden sie sehr bald diese Methode der Austragung ihrer Streitigkeiten und ihre kostspielige Vorbereitung durch drückende Rüstungen aufgeben. Der Pazifismus in seiner aktiven Form, also nicht der schwächlich duldende, sondern der sich im passiven Widerstand kraftvoll betätigende Pazifismus würde einen großen Erfolg haben. Um nicht bloß die Wirkung der Handgranate und des Maschinengewehrs, sondern auch den Glauben an diese Wirkung bei den Völkern aufrechtzuerhalten, darf der passive Widerstand keinen endgültigen Erfolg davontragen.

Der passive Widerstand in Westdeutschland wird in Wirklichkeit von allen Ständen und Berufen, allen Klassen und Schichten der Bevölkerung getragen. Nach außen aber stellt er sich in der Hauptsache als die Leistung der Arbeitnehmerschaft, der Arbeiter und Angestellten dar. Die westlichen, durchaus kapitalistisch orientierten Länder finden hierin gerade von ihrem kapitalistischen Standpunkt aus einen Grund zu lebhafter Besorgnis. Sie sagen sich, daß, wenn diese Arbeiterbewegung, als die sie den passiven Widerstand in der Hauptsache betrachten und würdigen, den Sieg behält, dieses Ergebnis das Selbstbewußtsein und den Einfluß der Arbeiterschaft in Deutschland ins Ungemessene steigern müßte. Damit würde der sozialistische Einschlag in die deutschen Zustände sich noch verstärken und der Übergang zum russischen Bolschewismus oder doch die Annäherung an ihn sich beschleunigen. Denn die Westländer machen aus mangelhafter Kenntnis zwischen deutscher Sozialdemokratie und russischem Bolschewismus keinen großen Unterschied. Sie glauben sich also darüber klar sein zu müssen, daß der Erfolg der passiven Resistenz an Rhein und Ruhr sich schließlich zu einem Erfolg der Arbeiterschaft überhaupt auswachsen und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt einen neuen und starken Anstoß geben würde. Ihre kapitalistische Gegnerschaft gegen eine solche Entwicklung läßt sie deshalb wünschen, daß der passive Widerstand ohne greifbaren Erfolg zu Ende gebracht wird. Wie man sieht, handelt es sich in der Frage des passiven Widerstandes um weltweite Probleme. Man wird sich über sie klar werden müssen, bevor die Periode des offiziellen Schweigens abgelaufen und der Termin angesetzt ist, an dem die Zeremonie der Mundöffnung vorgenommen werden soll."

Pertinax droht.

Pertinax schreibt: „In England scheint man zu glauben, daß wir nur den Schein eines Erfolges zu wahren wünschten und froh sein würden, wieder nach Hause zu marschieren. Diese Ansicht ist eine Täuschung, und das muß klar gesagt werden. Wie es scheint, werden die Leiter der englischen Politik sich mit der Ruhraktion erst dann abfinden, wenn die Ruhrpolitik durch die Tatsache des deutschen Zusammenbruchs endgültig und unwiderruflich sanktioniert worden ist." Vielleicht ist Poincaré mit dieser undiplomatischen Deutlichkeit des Ausdrucks nicht einverstanden, aber die Forderungen selbst dürften seinen Wünschen entsprechen.

Frankreichs Arbeit am deutschen Marksturz.

Dem „Berl. Tagebl." wird aus Paris gemeldet, daß am Montag neutrale Bankiers in Paris erklärten, die im Ruhrgebiet mit Beschlag belegten Papiermilliarden seien auf den Markt geworfen worden, um die deutsche Valuta zu drücken.

Frankreich und der Vatikan.

Im französischen Senat wurde der Kredit für die Weitererhaltung der französischen Botschaft beim Vatikan, die wegen ihrer Kostspieligkeit in Frage stand, mit 170 gegen 117 Stimmen bewilligt. Poincaré gab eine Anzahl von Erfolgen an, die der Botschafter Jonnart in Verhandlungen mit dem Vatikan erzielt habe. Der Papst habe den Bischof Raymond der Besatzungsarmee am Rhein beigeordnet, dieser habe der französischen Sache ausgezeichnete Dienste geleistet und dem Delegierten des heiligen Stuhles „die Ungeheuerlichkeit der deutschen Lügen" bewiesen.

Vorwurf der Fälschung gegen Poincaré und Maginot.

Im Pariser „Populaire" bezeichnete unlängst der sozialistische Abgeordnete Leon Blum das amtliche Communiqué über die Erklärung Poincarés in der gemeinsamen Sitzung der Kammerausschüsse des Äußern und der Finanzen, an der der Abgeordnete selbst teilgenommen hatte, als eine Fälschung. Das Communiqué gab sehr optimistische Auskünfte über die Ruhrbesetzung. Derselbe „Populaire" verbreitet sich über die Klage, die der kommunistische Abgeordnete Cachin und seine vier Mitverhafteten gegen den Staatsanwalt wegen mehrerer gefälschter Aktenstücke, auf die die Anklage wegen Landesverrats gegen sie gestützt war, erhoben haben. Dem „Populaire" zufolge ist eine dieser Fälschungen vom Kriegsminister dem Gericht zugestellt worden.

Die belgischen Sozialisten gegen Theunis.

Nach einer Berliner Meldung richtete der Abgeordnete van der Velde auf dem Kongreß der belgischen sozialdemokratischen Partei in Brüssel heftige Angriffe gegen Theunis, weil dieser sich in den Dienst der großkapitalistischen Finanz gestellt habe. Die sozialistische Partei dürfe nicht mehr daran denken, mit bürgerlichen Parteien gemeinsam eine Regierung zu bilden, sondern sie müsse mit aller Energie den Kampf um die Macht aufnehmen, selbst auf die Gefahr hin, vorübergehende Mißerfolge zu erleiden. Der Vorsitzende des Arbeitersyndikats, Mertens, soll nicht weniger nachdrücklich gesprochen haben. Großes Aufsehen erregte es, daß auf dem Kongreß die Person des Königs von verschiedenen Rednern rücksichtslos angegriffen wurde.

Scharfer Angriff auf den Völkerbund im Schweizer Nationalrat.

Im Schweizer Nationalrat brachte gelegentlich der Debatte über den Geschäftsbericht des Bundesrats für 1922 der katholisch-konservative Abgeordnete Mueller (Luzern) auch die Tätigkeit der schweizerischen Delegation im Völkerbund zur Sprache. Er führte dabei unter anderem aus: „Das Volk hat in den letzten Jahren so großes Interesse an der internationalen Politik gewonnen, daß wir keine Vogelstraußpolitik mehr treiben können und dürfen. Ich erinnere an die Zustände im Ruhrgebiet, wo Urteile gesprochen werden, die an vergangene Zeiten der Barbarei erinnern, Urteile, die uns erbeben machen. Man mutet uns heute zu, zu schweigen, man war früher bei uns, gerade in den ersten Jahren der Eidgenossenschaft, nicht so rücksichtsvoll, und man schwieg nicht, als sich Ungerechtigkeiten zeigten. Heute scheint das Rechtsgefühl eingeschlafen zu sein. Der Völkerbund handelt nach dem Wort im Gleichnis vom barmherzigen Samariter: „Er sah ihn und ging vorüber." Bis jetzt ist der Völkerbund nicht gegen die Gewalttätigkeiten eines seiner Mitglieder vorgegangen. Man darf nicht einmal davon sprechen. Das hat in unserem Volke einen bitteren Unmut erweckt, und darum verwirft es, was von Bern kommt, weil es sich von den Bundesräten nicht ein zweites Mal anlügen lassen will. Man hat das Volk getäuscht mit den Ausgaben, die viel höher sind, als man sagte. Wie in Norwegen wird auch in der Schweiz eine Initiative für den Austritt aus dem Völkerbund kommen, wenn er weiterhin Probleme, die schreiend nach seinem Eingreifen verlangen, unbeachtet läßt. Gegner des Völkerbundes haben diese Entwicklung vorausgesehen, und alle ihre Befürchtungen haben sich leider erfüllt. Vertreter der Schweiz brauchen im Völkerbund nicht Hansdampf in allen Gassen zu sein. Mit Freuden anerkennen wir die Tätigkeit des Herrn Bundesrates Motta, und wir könnten nicht zugeben, daß er in unserer Völkerbundsdelegation ersetzt werden soll. Wir wollen im Völkerbunde tun, was wir können. Erweist sich dabei die Arbeit als unnütz, so wollen wir lieber austreten."

Baltenstaaten.

Das neue lettische Kabinett

setzt sich folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsident und Minister des Aeußern S. Meierowitz (Bauernbund), Innenminister A. Birsneek (Zentrum), Kollege des Innenministers Dsenis (lettg. Block), Bildungsminister P. Gailits (Bauernbund), Kollege des Bildungsministers Jaudsems (lettg. Arbeitspartei), Wehrminister J. Dukers (Bauernbund), Verkehrsminister J. Pauluk (parteilos), Finanzminister H. Punga (Bauernbund), Justizminister W. Holzmann (rechter Sozialdemokrat), Landwirtschaftsminister E. Bauer (Neuwirte).

Lettländisch-litauische Eisenbahnkonferenz.

Die lettländisch-litauische Eisenbahnkonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Es wurden u. a. Vereinbarungen getroffen über den direkten Personenverkehr zwischen Riga und Wirballen und zwischen Libau und Memel.

Litauische Ausfuhr über Memel.

Über die Absicht der litauischen Regierung, die litauische Ausfuhr künftig statt wie bisher über Libau über Memel zu leiten, äußerte sich der Generaldirektor der lettländischen Eisenbahnen Blodneck gegenüber dem Mitarbeiter eines lettischen Blattes dahin, daß die Ermäßigung der litauischen Transporttarife von 20 bis 60 v. H. für Waren, die über Memel befördert werden, für Libau kritisch zu werden droht, da alle sonst über Libau geleiteten Sendungen nunmehr den Weg über Memel nehmen würden, obwohl die Strecke nach dort um 80 Kilometer länger sei. Der Herabsetzung auch der lettländischen Tarife ständen wirtschaftliche Bedenken gegenüber und sie könnte weitere Herabsetzung der Tarife seitens Litauens zur Folge haben. An Stelle eines derartigen Tarifkrieges müsse eine Verständigung angestrebt werden.

Litauens Staatspräsident.

Aus Kowno wird gemeldet, daß Stulpinski zum Staatspräsidenten wiedergewählt worden ist.

Deutsches Reich.

Ueber den wertbeständigen Lohn

gab der Reichs-Arbeitsminister Dr. Brauns einem Vertreter des „Berl. Tagebl." verschiedene Auskünfte. In dem verarmten und durch außenpolitischen Druck unerträglich belasteten Deutschland können die Löhne die Vorkriegshöhe nicht mehr erreichen. Jedoch liegt im Interesse der Arbeiter die Sicherung eines wertbeständigen Arbeitseinkommens, d. h. eines Lohnes, der sich innerhalb bestimmter Zeiten automatisch den Veränderungen der Preislage anpaßt. Es soll sich jedoch, wie der Minister ausführt, dabei nicht um eine gleitende Lohnskala handeln, wie solche zum Beispiel in Österreich vor der wirtschaftlichen Neuordnung in der Form von sogenannten „Indexlöhnen" eingeführt war und eine sehr schädliche Wirkung auf die Preisbildung ausübte. Schließlich wäre auf diese Weise eine Umstellung der gesamten Wirtschaft auf eine fiktive Währung bewerkstelligt, und die Papiermark würde eines Tages gänzlich wertlos sein. Vielmehr sollten die Löhne im Verhandlungswege auch weiterhin für begrenzte Zeiträume, vielleicht für einen Monat, festgesetzt werden, aber in die Abmachungen wäre eine Klausel aufzunehmen, die eine Anpassung je nach der Bewegung der Lebensunterhaltungskosten vorsieht. Am Ende des Monats wäre dann erneut zu verhandeln. Der Minister denkt, um diese Anpassung möglichst genau zu gestalten, an einen verbesserten Index. In Betracht käme einmal eine Nachprüfung der bisher in den Index eingezogenen Güterliste, zweitens ein beschleunigtes Ermittelungsverfahren und drittens eine häufigere, etwa wöchentliche, Veröffentlichung. Angesichts der täglichen, ja beinahe stündlichen Preissteigerungen sieht Dr. Brauns keine andere Möglichkeit als diesen Versuch zu wagen, der auch seine Gefahren hat, aber augenblicklich als das beste Mittel erscheint, um schwere wirtschaftliche und politische Erschütterungen zu verhindern. Wie W. T. B. mitteilt, fand über die Frage des wertbeständigen Lohnes bereits eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium mit den Spitzen der Organisationen der Arbeitnehmer statt. Es ergab sich dabei, daß sich die Absichten des Ministeriums und die Vorschläge der Gewerkschaften ungefähr in gleicher Richtung bewegen. Eine Reihe von Fragen bedarf noch der Klärung sowohl seitens der Regierung als auch der Gewerkschaften. Man hofft aber, schon im Laufe nächer Woche in gemeinsamen Verhandlungen zur endgültigen Regelung zu gelangen. Die Mehrheit der Kabinettsmitglieder soll der Meinung sein, daß eine automatische Lohnanpassung an die schnell fortschreitende Markentwertung unumgänglich notwendig sei.

** **Bevorstehende Maßnahmen gegen den Marksturz.** Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker hatte mit führenden Finanzleuten, Wirtschaftern und Parlamentariern eine Besprechung über den Marksturz, bei der noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt wurden. Auf alle Fälle aber soll feststehen, daß einschneidende und scharfe Maßregeln gegen den Marksturz ergriffen werden sollen. Man kam in der Besprechung zu dem Ergebnis, daß angesichts der gegenwärtigen Situation ein derartig hoher Dollarstand keine Berechtigung habe. Es ist insbesondere der Freiverkehr, der den Devisenkurs hinaufschraubt. Aus diesem Grunde wird die Regierung wahrscheinlich ein Verbot des freien Devisenhandels ergehen lassen und jeden Übertreter mit schwerer Strafe bedrohen. Dazu sollen weitere Maßnahmen kommen, jedoch weder eine zweite Auflegung der Dollarschatzanweisung, noch eine Umstellung der Kreditgebung der Reichsbank auf Goldbasis. Die neuen Maßnahmen sollen auf dem Verordnungswege durchgeführt werden und wahrscheinlich schon mit Beginn der nächsten Woche in Kraft trente.

** **Beratungen über Zentralisierung des Devisenhandels.** Die Beratungen der Regierung mit Finanzsachverständigen über die Frage einer Zentralisierung des Devisenhandels sind heute vormittag fortgesetzt worden. Gleichzeitig wurden auch die Besprechungen mit den Parteiführern gepflogen, die ebenfalls der Ansicht sind, daß unverzügliche Maßnahmen getroffen werden müssen, um dem Marksturz wirksam entgegenzuarbeiten. Nach welcher Richtung die zu fassenden Entschlüsse ausfallen werden, läßt sich vorläufig noch nicht absehen. Jedenfalls wird aber auch hier sehr bald die Entscheidung fallen müssen.

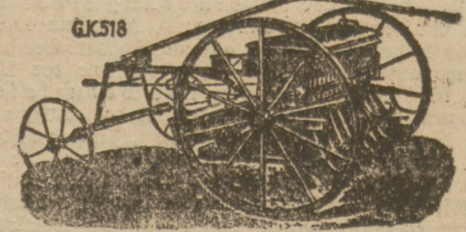
Die glückliche Geburt eines gesunden

Jungen

zeigen hiermit hocherfreut an

Herbert v. Homeyer
und Frau
Herta v. Homeyer,
geb. Schmidt.

Poznań, den 20. Juni 1923.



Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

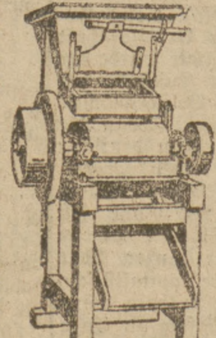
Unterzeichneter bestellt hiermit 1 Posener Tageblatt (Posener Warte) für den Monat Juli 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....



Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Kand. Nebenhäuser. — 11: Kindergd. Ders.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst. Schneider. — Sonntag, 10: Festgottesd. zum 375 jährigen Bestehen d. Gemeinde. Haenisch. — 11½: Kgd. Schneider. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Haenisch. — Amtsw.: Ders.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. D. Staemmler. — 11¾: Kgd. Stuhlmann. — Mittwoch, 8: Bibelst. Stuhlmann. — Freitag, 10: Festgottesdienst-Jahresfest des Diakonissenhauses. D. Blau. — Amtswoche: D. Staemmler.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 9½: Gd.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt. Büchner. — 12: Kindergd. Ders.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gd. Rhode. Danach Kgd. — Mittwoch, 8: Bibelstunde.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Ilse. — 11½: Kindergd. Ders. — Wochentags: 7¼: Morgenandacht.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 8: Kand. Droß: Das heutige Studententum. — 9½: Abendandacht. — Montag, 8: Bläserchor-Uebungsstd. — Mittwoch, 7: Bibelstunde. — Donnerstag, 7: Uebungsstd. d. Posaunenchors. — Sonnabend, 7: Stenographie. — 8½: W.-Schl.-And.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgst. P. Sarowy. Sonntag, 10: Gd. Ders.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten). ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Predigt. Drews. — 11½: Sonntagsschule. — 2½: poln. Gottesdienst. — 4½: Predigt, Drews. — 6: Jugendverein. — Mittwoch, 7: Gebetstd. — Freitag, 7½: poln. Gebetstunde.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 22. 6., abends 7½ Uhr: **„Halka"**, Oper von Moniuszko. Gastspiel Kaluska u. Stelmowski und des ersten Baritons der Lemberger Oper: Romuald Cyganik.

Sonnabend, den 23. 6., abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin"** Oper v. Halevy. Gastspiel: Adam Didur.

Sonntag, den 24. 6., abends 7½ Uhr: **„Tosca"**, Oper von Puccini. Gastspiel: Adam Didur.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredry u. Sew. Mielżyńskiego.

Swarzędz (Schwersenz)

Evangel. Kirche.

Sonntag, den 24. Juni 1923, nachm. 5 Uhr:

Kirchen-Konzert

zum Besten der Landkrankenpflegestation.

Mitwirkende: **Frl. H. Fuchs, Frl. L. Wilhelm,** Herr Pastor **K. Greulich,** stud. mus. **Karl Greulich,** **der evang. Kirchenchor.**

Programme an der Kirchenpforte.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Wojewoden vom 22. Mai d. J. L. dz. VI. 296-23 wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Erklärungen der Interessierten für — oder gegen die Bildung einer Zwangsinnung der Bäcker, Zuckerbäcker und Lebzeltler für das Gebiet der Stadt Poznań und der Kreise Poznań-wschód und Poznań-zachód, mit dem Sitz in Poznań, schriftlich oder mündlich bis zum 10. Juli 1923 einzubringen sind.

Mündliche Erklärungen sind im Ausschuß II des Magistrates in Poznań, Plac Sapieżyński 10a, Parterre, Zimmer 1 in den Amtsstunden von 8—2 Uhr abzugeben. Schriftliche unter obiger Adresse.

Hiermit fordere ich alle Handwerker, welche in der Stadt Poznań und in den Städten und Ortschaften der Kreise Poznań-wschód und Poznań-zachód selbständig den Beruf der Bäckerei, Zuckerbäckerei und Lebzelterei ausüben, auf, bezügliche Erklärungen abzugeben mit der Bemerkung, daß nur diese Erklärungen für gültig angesehen werden, aus denen hervorgeht, daß der Erklärende sich für — oder gegen die Bildung einer Zwangsinnung der Bäcker, Zuckerbäcker und Lebzeltler ausspricht und die innerhalb des obenangegebenen Termins abgegeben werden.

Poznań, den 11. Juni 1923.

Für den Wojewoden-Kommissar:
(—) Ratajski, Prezydent miasta.



Sonnabend, 23. Juni 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 139.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 22. Juni.

Verband der Buchhändler in Polen.

Am Sonntag fand in der Loge in Posen die 4. ordentliche Hauptversammlung der Buchhändler in Polen unter reger Beteiligung der Mitglieder statt.

Den Jahresbericht über das verflossene Jahr erstattete der 1. Vorsitzende Arnold Kriedte-Graudenz. Dem Bericht sei folgendes entnommen:

Ein schweres wirtschaftliches Jahr liegt hinter uns. Die Teuerung hat alle Kreise gezwungen, die größte Sparsamkeit auszuüben, und da das Buch in vielen Schichten der Bevölkerung noch immer als Luxus angesehen wird, wird hierbei am meisten gespart. Dazu kamen die unglücklichen Valutaverhältnisse, die ein ordnungsmäßiges Kalkulieren ganz unmöglich machten. Wenn auch durch die Einführung der Schlüsselzahl eine Besserung erzielt wurde, so lassen sich doch bei der rapiden Erhöhung der Schlüsselzahl und der ständigen Schwankung der Valuta Verluste nicht vermeiden. Dann trat die außerordentliche Steigerung aller Unkosten ein für Gehälter, Steuern, Miete usw. Dieser wirtschaftliche Niedergang hat in allen Geschäftszweigen dazu beigetragen, daß das Betriebskapital vermindert wurde und die Geldknappheit sich besonders im Buchhandel fühlbar machte, weil die Lagerbestände nicht so schnell wie in anderen Geschäftszweigen umgesetzt werden. Als daher im Oktober 1922 durch die Außenhandelsnebenstelle bekannt gegeben wurde, daß Bücher nach Polen in Zukunft nur noch mit 100 v. H. Aufschlag geliefert würden, war die Entrüstung wohl allgemein. Denn wenn den Buchhändlern auch in Aussicht gestellt war, daß bei Einreichung von Reversen der Aufschlag von 100 Prozent zurückgezahlt werden würde, so war es doch selbstverständlich, daß der Buchhändler für den Bücherbezug das doppelte Betriebskapital zur Verfügung haben mußte, und daß die Rückzahlung der Aufschläge sich oft sehr lange hinziehen würde. Diese Befürchtungen sind leider eingetroffen; einige Firmen haben heute noch nicht die im Oktober und November v. Js. erhobenen Aufschläge zurückerhalten. Der Verband hat daher sofort den Kampf gegen diese Verordnung aufgenommen. Ende November v. Js. fuhren Scholz-Wollstein und der Berichterstatter nach Leipzig und erreichten, daß allen Firmen, die eine Sicherheit bieten, keine Schiebungen in das valutastarke Ausland zu machen, die Revers-Blocks sofort ausgeliefert wurden. Es fand dann mit den Vertretern des polnischen Buchhändlerverbandes eine Sitzung statt, in der die gemeinsamen Forderungen betr. des Auslands-Zuschlages festgelegt wurden, und am 18. Dezember wurden in Posen mit Dr. Becker von der Außenhandelsnebenstelle und Dr. Menz vom Börsenverein mit dem Verbande und dem polnischen Verbande die Bedingungen für den Bücherbezug aus Deutschland vereinbart. Das Revers-System, das für viele Verleger eine sehr willkommene Mehreinnahme bedeutete, brachte aber so viele Erschwernisse mit sich, daß alle zur Überzeugung kamen, daß es sich auf die Dauer nicht durchführen lasse. Als daher der ungarische Buchhändler-Verband unter gewissen Bedingungen eine Aufhebung der Reverse herbeiführte, drangen Boettger-Posen und der Berichterstatter bei den diesjährigen Kantate-Versammlungen darauf, daß ein solcher Vertrag auch mit dem Posener Verbande geschlossen wurde. Jedenfalls ist zu erwarten, daß das schädliche Revers-System in kürzester Zeit fallen wird.

Am 5. Juni d. Js. hatte der Verband mit den Vertretern des polnischen Verbandes eine gemeinsame Sitzung, in der die Richtlinien für die gemeinsame Durchführung des mit dem Verlegerverein geschlossenen Vertrages festegelgt und wobei zwischen beiden Verbänden ein Vertrag geschlossen wurde, bei dem auch die Teuerungszuschläge vereinbart wurden. Bei dem mit dem Verlegerverein geschlossenen Vertrage war vorgesehen worden, daß der Verband die Regelung des Auslandszuschlages auch für den Freistaat Danzig übernehmen sollte. Der Danziger Buchhändler-Verband will jedoch mit dem Verlegerverein einen besonderen Vertrag abschließen. Damit kann der Verband ganz zufrieden sein. Sobald die Verträge von allen Beteiligten anerkannt sein werden, wird der Verband auch den Kampf gegen die unterbietenden direkten Lieferungen durch die Verleger aufnehmen. Im Zahlungsverkehr zwischen dem Verleger und dem Sortimenter wird die neu gegründete Abrechnungsgenossenschaft deutscher Buchhändler manche Erleichterung und Verbilligung bringen. Der Beitritt kann daher nur empfohlen werden. Der Bericht geht dann weiter auf die Gründung eines eigenen Vereinsorgans ein, das jedoch wegen der ungeheuren Papier- und Druckkosten nach der vierten Nummer sein Erscheinen wieder einstellen mußte.

Die steigende Geldentwertung machte sich auch beim Vereinskassenwesen geltend. Dazu kam, daß einige Vorstandsmitglieder zwecks Unterhandlung mit der Außenhandelsstelle und dem Verlegerverein nach Leipzig fahren mußten, was große Kosten verursachte. Dann haben die vielen Rundschreiben sehr viel Unkosten verursacht, so daß die früher festgesetzte Umlage bei weitem nicht ausreicht. Der Bericht gedachte weiter des durch Tod abberufenen früheren Vorstandsmitgliedes Albert Fischer aus Thorn. Der Berichterstatter schloß seinen wenig freundlichen Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr mit dem Wunsche an die Mitglieder, den Mut nicht sinken zu lassen und durch festen Zusammenschluß im Verbande sich gegenseitig mit Rat und Tat zu unterstützen.

Die sehr umfangreiche Tagesordnung wurde darauf in allen Punkten von der Versammlung erledigt. Beschlossen wurde u. a.: im neuen Vereinsjahr einen Halbjahresbeitrag von 50 000 Mk. und eine einmalige Umlage von 20 000 Mk. zu erheben. Wer künftig nicht an der Hauptversammlung teilnimmt, hat einen Sonderbeitrag zu zahlen. Die bisherigen Reversscheine für Bücher und Zeitschriften hofft der Verband im Verein mit dem polnischen Verband der Buchhändler in nächster Zeit beseitigen zu können. Es wird dann diese Maßnahme den bisher sehr umständlichen Weg der Bestellungen wesentlich verkürzen. Der deutsche Verleger-Verein beansprucht eine Kaution als Sicherstellung, die dann von beiden Vereinen hinterlegt werden wird.

Den Vorstandsmitgliedern A. Kriedte und C. Boettger wurde von der Versammlung der Dank für ihre Bemühungen in Leipzig ausgesprochen. Der bisherige Vorstand des Verbandes wurde wiedergewählt. Großkurth-Bromberg wurde an Stelle des verstorbenen Kollegen Fischer-Thorn als Beisitzer gewählt. — Darauf wurde die Hauptversammlung beendet und als Ort der nächstjährigen Tagung Thorn ausersehen. Ein gemeinsames Mittagsmahl in der Loge beendete die Versammlung.

Auszahlung des Lohnverdienstes an ehemals englische Kriegsgefangene. Der Urząd Emigracyjny in Warschau, Królewskastraße Nr. 23 zahlt allen gewesenen Gefangenen aus der englischen Gefangenschaft, die während der Gefangenschaft auf französischem Boden gehalten wurden, den ersparten Lohnverdienst aus, aber nur denjenigen, die sich in der Gefangenschaft als Polen ausgegeben haben. Diejenigen Gefangenen dagegen, die sich in derselben Gefangenschaft als Deutsche bezeichneten, haben ihre Ansprüche an die deutsche Regierung durch Vermittelung des Generalny Konzulat Polski in Berlin, Kurfürstendamm 137, zu richten, weil ihr ersparter Verdienst an die deutsche Regierung überwiesen wurde. Berührt sind damit nicht die gewesenen englischen Gefangenen, die ihre Gefangenschaft in England zugebracht haben. Die Meldungen an Urząd Emigracyjny und an die deutsche Regierung müssen enthalten: 1. Vor- und Zuname; 2. Nr. der Kompagnien, zu denen der Meldende in der Gefangenschaft gehörte; 3. Matrikelnummer aller Kompagnien; 4. genaue jetzige Adresse mit Angabe des Postamtes des Meldenden.

Ueber Gültigkeitsbeschränkung der Schülerausweise im Grenzverkehr schreibt die „Naw. Ztg.“: Während bisher allen Schülern und Schülerinnen gleich welchen Alters bei Vorzeigung einer von ihrer Schule ausgestellten Bescheinigung das Passieren der Grenze nach und von Deutschland gestattet war, ist neuerdings durch Verfügung des hiesigen Starostwo der Grenzübergang mit Schülerausweis nur Schülern unter 13 Jahren gestattet. Personen über 13 Jahren müssen im Besitze von 6-Tageausweisen, bzw. bei längerem Auslandsaufenthalte von Auslandspässen sein, deren Ausstellung die umständliche Besorgung der Einreiseerlaubnis und der anderen erforderlichen Papiere vorausgehen muß. — Diese neuerliche Beschränkung wird Kinder und Eltern in gleicher Weise schwer treffen und die schon jetzt so lose Verbindung zwischen hüben und drüben noch mehr lockern. Bei gerechter Beurteilung muß allerdings zugegeben werden, daß die von den Behörden bisher geübte Toleranz in verschiedener Hinsicht mißbraucht worden ist. Die Quittung darauf erhalten wir jetzt — bedauerlich, aber nicht verwunderlich!“

Millionenbetrügereien durch gefälschte Postanweisungen, die mit dem Dirschauer Postaufgabestempel versehen waren, hat, wie die „Deutsche Ztg. in Pommerell.“ mitteilt, die Bromberger Oberpostdirektion aufgedeckt. Im April sind an bestimmten Tagen und unter einem bestimmten Namen als Absender Postanweisungen in Höhe von jedesmalig mehreren Millionen in Thorn, Posen, Włocławek, Krakau usw. zur Auszahlung gelangt, die, wie sich jetzt herausgestellt hat, gefälscht waren. Anscheinend sind sie durch Helfeshelfer in den Postbeutel im Zuge hineingeschmuggelt worden. Die Betrüger haben sich in den genannten Städten an eine größere Firma gewandt, dort etwas gekauft, um dann zu erklären, daß sie nicht soviel Bargeld bei sich hätten. Sie erklärten dann aber von Dirschau aus von Angehörigen größere Geldbeträge zu erhalten, die sie mit Einverständnis des Kaufmanns an seine Adresse schicken ließen. Nach einigen Tagen traf auch das Geld bei dem Kaufmann ein, der Käufer entnahm nun die gekaufte Sache, ließ den Betrag dafür von den eingetroffenen Geldern in Abzug bringen und ging dann mit dem übrigen ihm ausgezahlten Gelde, das jedesmalig mehrere Millionen ausmachte, davon. Jetzt stellt sich die ganze Sache als ein Betrug heraus, wobei der polnische Staat um über 40 Millionen geschädigt worden ist.

Festnahme eines großzügigen Schwindlers. Dem energischen Eingreifen des Direktors einer Posener chemischen Fabrik ist es gelungen, dem betrügerischen Handwerke eines gewissen Bruno Tywuschik, Tomaszewo-Pogutken, Kreis Berent, einen Riegel vorzuschieben. Dieser hat es verstanden, viele große Firmen um erhebliche Summen Geldes zu bringen, indem er Waren in großen Mengen von ihnen bezog, diese weiter verkaufte, das Geld in seine Tasche steckte und die Firma vergeblich auf die Geldsendung warten ließ. Dieserhalb schweben gegen ihn noch mehrere Prozesse. Mit der Bestellung an Seifenpulver usw. bei der chemischen Fabrik in Posen ist er glücklicherweise einmal an eine falsche Adresse geraten. Die Fabrik schickte ihm zwar die bestellten Waren im Werte von über 8 Millionen Mark, als aber das Geld zu der festgesetzten Frist nicht eintraf, setzte sich der Direktor kurzentschlossen mit zwei Kriminalbeamten auf die Bahn, um mit seinem neuen Kunden an Ort und Stelle persönlich abzurechnen. Hierbei stellte sich heraus, daß Tywuschik einen Teil der Ware bereits weiter verkauft hatte, aber nicht in der Lage war, diese zu bezahlen. Er wurde daher bis zur Begleichung der ganzen Summe und sämtlicher Unkosten in Haft genommen.

X **Zwei große Einbruchsdiebstähle** sind heute nacht hier verübt worden. Einmal statteten gegen 5 Uhr früh die Diebe der Fahrradhandlung von Otto Mix in der ul. Kantaka (fr. Bismarckstr.) von der św. Marcin 50 (fr. St. Martinstr.) aus der Werkstatt einen Besuch ab und stahlen ein neues Opel-Motorrad, 2 neue Motorradmäntel, 1 Motorrad-Riemen, eine Motorrad-Beleuchtung, mehrere Hupen, mehrere Motorradersatzteile usw. im Werte von über 12 Millionen Mk. Das Motorrad war bei der Firma in Reparatur gegeben; die Firma hat für die Wiedererlangung der gestohlenen Gegenstände 1 Million Mk. Belohnung ausgesetzt. Ferner wurde heute nacht in der Butterhandlung von Smigielski in der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstr.) eingebrochen; gestohlen wurde Butter in erheblichen Mengen.

Der Deutsche naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, 24. d. Mts., einen botanisch-zoologischen Ausflug nach Ludwigshöhe und Stenschewo. Es werden mehrere Moore besucht, darunter ein Schwingmoor. Abfahrt nach Ludwigshöhe 8.15 Uhr vormittags, zurück in Posen 5.49 Uhr nachmittags. Verpflegung mitnehmen. Gäste sind willkommen.

Kirchenkonzert. Wie aus dem Anzeigenteile ersichtlich ist, findet am nächsten Sonntag, 24. d. Mts., nachmittags 5 Uhr in der evangelischen Kirche in Schwersenz ein Konzert statt, dessen Ertrag für die Erhaltung der dortigen Landkrankenpflegestation bestimmt ist. Außer dem Schwersenzer Kirchenchor wirken aus Posen mit: Frl. Henny Fuchs (Sopran), Frl. Lotte Wilhelm (Mezzosopran), Pastor K. Greulich (Orgel) und Studiosus Karl Greulich (Cello).

X **Das gestohlene Fuhrwerk**, über das wir in der gestrigen Ausgabe berichtet haben, und das spurlos vorgestern aus der ulica Berwińskiego (fr. Barthstr.) verschwunden war, ist gestern in Samter angehalten und der Dieb festgenommen worden.

X **Angeschwemmte Leiche.** In Obersitzko wurde dieser Tage die Leiche eines unbekannten Mannes, die bereits etwa 10 Tage im Wasser gelegen hatte, aus der Warthe gezogen. Vermutlich handelt es sich um einen Arbeiter Anton Jansa, der eine Zeitlang auf dem Truppenübungsplatz Biedrusko beschäftigt gewesen ist. Personen, die über die Persönlichkeit des Ertrunkenen irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, dies bei der Kriminalpolizei zu tun.

X **Der Eigentümer eines Fahrrades gesucht.** In Kostschin wurde einem Manne aus Lodz ein offenbar gestohlenes Fahrrad abgenommen, das die Firmenbezeichnung Katafras, Thorn, Nr. 168 898 trägt, gelbe Felgen und Freilauf hat. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich bei der Polizei in Kostschin melden.

---

* **Birnbaum**, 21. Juni. Der gestrige Dienstag-Wochenmarkt litt unter der Ungunst des Wetters außerordentlich. Natürlich ließ infolgedessen der Besuch des Marktes, wie auch die Zufuhr zu wünschen. Von Getreide standen nur wenige Zentner Roggen zum Verkauf, hiervon wurde für einen Doppel-Zentner 160 000 Mark gezahlt. Kartoffeln, die nur auf einem Wagen angeboten waren, kosteten ein Zentner 8000 Mk. Butter, wenig angeboten, wurde das Pfund mit 10 000 Mk. gekauft. Eier, nur spärlich vorhanden, kosteten das Stück 420 Mk. Hühner, wenig angeboten, wurden das Stück mit 16 000 Mk. gekauft. Von Oberrüben wurden die Erstlinge in Bunden zum Verkauf gestellt. Eine Oberrübe wurde mit 500 Mk. gekauft. Salat wurden wieder drei Köpfe zu 200 Mk. abgegeben. Auch Rhabarber hatte den bisherigen Preis, ein Pfund 300—500 Mk. An Kirschen war ein größeres Angebot vorhanden, ein Pfund wurde mit 2000 Mk. verkauft. Die Ausfuhr an Erzeugnissen war sehr gering, der Absatz jedoch befriedigend.

* **Bromberg** 21. Juni. Anläßlich seiner 25jährigen Tätigkeit in der Firma Adams Zigarrenfabriken, Bromberg, spendete der Fabrikbesitzer Isbert Adam, Bromberg, 50 Millionen für die Angestellten und Arbeiter der Firma, 25 Millionen für die Armen der Stadt Bromberg, und 25 Millionen für die Armen der andern Städte, in denen die Firma Adams Zigarrenfabriken Niederlassungen hat.

* **Culmsee**, 21. Juni. Seit dem 14. d. Mts. wird die dreizehnjährige Schülerin Eugenja Zerkowska aus Warschau vermißt, die in Culmsee zur Schule ging. Man nimmt an, daß die Sehnsucht nach seinen Eltern das Kind zur selbständigen Reise nach Warschau verleitet hat.

* **Dirschau**, 21. Juni. Der Schmuggel mit deutschen Zigaretten von Danzig hierher scheint wieder in voller Blüte zu stehen. In der Nacht zum Sonnabend konnten Beamte aus Subkau am Weichselufer bei Schlanz einen Kahn anhalten, in dem von der Freistadtseite mehrere Männer herüberkamen. Sie stellten dann fest, daß die Männer 44 000 deutsche Zigaretten mit sich führten. Zwei Personen, ein Mann aus Nakel und einer aus der Freistadt, wurden festgenommen und die Zigaretten wurden beschlagnahmt. Als Helfershelfer bei diesem Schmuggel kommt noch als dritter ein Mann aus Subkau in Frage.

* **Inowrocław**, 20. Juni. Zur Feier des 50jährigen Amtsjubiläums und 80. Geburtstages des hiesigen Rabbiners Dr. Cohn veranstaltete die jüdische Gemeinde am Sonntag einen Festgottesdienst in der Synagoge. Nach diesem sprach der Vorsitzende der Gemeinde, Dr. Levy, dem Jubilar seine Glückwünsche aus, ebenso Geheimrat Dr. Warschauer als Vertreter der Repräsentantenversammlung. Außer sämtlichen Gemeindemitgliedern nahm an dem Festgottesdienst auch die Vorsteherin der hiesigen deutschen Schule, Frau Direktorin Miller, und der Superintendent Diestelkamp teil. Am Nachmittag um 4½ Uhr versammelte sich die Gemeinde zu einem Kaffee in den Räumen der J. O. O. F.-Loge, wo zahlreiche Personen, darunter auch Frau Direktorin Miller und Superintendent Diestelkamp zu Ehren des Jubilars das Wort ergriffen. Dem Jubilar wurde auch bei dieser Gelegenheit von dem Vorsitzenden Dr. Levy ein Ehrengeschenk überreicht.

* **Rawitsch**, 21. Juni. Das Rawitscher Schützenfest hat gestern abend sein Ende genommen. Als Sieger beim Königsschießen gingen hervor: Hieronim Durski als König, Bürgermeister Czyszewski als Marschall, Postsekretär Gruszyński als 1. Ritter, Kaufmann Thiele als 2. Ritter.

S. **Rogasen**, 21. Juni. Der Jahrmarkt am Dienstag wies einen unbedeutenden Auftrieb an Pferden auf. Händler waren auch nicht viele erschienen. Geschäfte kamen kaum zustande. Das Wetter war ungünstig. — Vorgestern nacht wurde im Lehrerseminar ein Einbruch verübt; neben verschiedenen anderen Sachen wurde ein Geigenkasten gestohlen. Der Dieb wurde auf dem Bahnhofe verhaftet, als er mit dem Morgenzug nach Posen fahren wollte. — Der hiesige Bauernverein unternahm am Sonnabend eine Felderschau. Eine stattliche Reihe von Wagen, vollbesetzt, wohl zur Hälfte mit Damen, fuhr zunächst nach Ruda, wo unter Führung des Gutsbesitzers Krüger der Viehstand und die Felder besichtigt wurden. Besondere Beachtung fand die vorzügliche Schweinezucht, aber auch das Rindvieh. Auf den Feldern bekamen die Teilnehmer der Fahrt viel guten, z. T. vorzüglichen Stand der Feldfrüchte zu sehen, sehr guten Roggen, vor allem auch auf recht leichtem Boden. Dann ging die Fahrt durch die Felder weiter über Gosciejewo nach Tarnowo. Hier teilte sich die Gesellschaft, die Hälfte folgte der Einladung des Gutsbesitzers Ristow, während die andere Hälfte mit dem Gutsbesitzer Jahnz nach Laskowo fuhr. In beiden Häusern erfolgte eine äußert gastfreie Bewirtung. Schließlich fuhren auch noch die in Tarnowo Gebliebenen nach Laskowo, wo man sich trennte, um sich abends in Rogasen bei Droese wieder zu treffen. Dort fanden sich noch weitere zahlreiche Mitglieder, sowie Mitglieder benachbarter Bauernvereine ein. Hier wurde flott getanzt.

* **Strasburg**, 21. Juni. In der vergangenen Woche brach bei dem Landwirt Jan Karski in Szczuka (Kreis Strasburg) in der Mittagstunde ein Feuer aus, das alle Gebäude ergriff. K. ist sehr niedrig versichert. Dem Feuer fielen u. a. 150 Zentner Getreide und sämtliche Futtervorräte zum Opfer.

* **Thorn**, 21. Juni. Dienstag vormittag verbreitete sich in der Stadt Thorn das Gerücht, daß auf der Weichsel bei Gurske in der Thorner Niederung ein Kahn mit 20 Buhnenarbeitern gesunken sein soll, und daß dabei alle 20 Mann den Tod gefunden hätten. Die Nachricht soll durch Landbewohner, die zum Wochenmarkt gekommen waren, überbracht worden sein. Eine Nachprüfung war bisher noch nicht möglich.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 21. Juni. Beim unvorsichtigen Rangieren ist auf dem Hauptgüterbahnhof ein Güterzug teilweise entgleist. Dem „Przegl. Wiecz.“ zufolge sprangen vier Güterwagen aus den Schienen und wurden recht schwer beschädigt. Ein Wagen fiel auf das Blocksignalhaus und drückte eine Wand ein. Menschenleben sind jedoch nicht zu Schaden gekommen.

---

* **Danzig**, 21. Juni. Die Straßenbahnfahrpreise sind von heute ab um 60—80 Prozent erhöht worden. Die bisher billigsten Fahrscheine für Erwachsene kommen von 500 Mark auf 800 Mark, die teuersten von 1000 auf 1800 Mark.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Nr. 1000. Ihre Rechtslage ist keineswegs geklärt. Keinenfalls aber sind Sie verpflichtet, die damals hochwertigen 6000 M. mit einem gleichen Betrage in heutiger Papiermark anzunehmen. Verweigern Sie die Annahme, und lassen Sie es auf einen Prozeß ankommen. Eine besondere Notierung des Dollars gab es damals noch nicht; ebensowenig fand eine Notierung der Roggenpreise statt, da die Posener Getreidebörse noch nicht ins Leben gerufen war.

M. in S. Am 3. Februar 1922 notierte der Roggen an der Posener Börse 7700 M., am 3. März 1923: 123 000—130 000 M.

A. G. Sie müssen sich von Ihrem deutschen Hypothekengläubiger eine löschungsfähige Quittung ausstellen lassen und darauf auf Grund des § 873 die Löschung der Hypothek beim Grundbuchrichter in die Wege leiten.

D. R. in N. 1. Wenn Sie sich ernstlich beim Liquidationsamt darum bemühen, wird Ihnen nach unseren Erfahrungen unter allen Umständen die Möglichkeit gewährt, Ihre Schuld in Deutschland zu begleichen. Ihre Ansicht über die Höhe des Stempels ist irrtümlich; die Stempelgebühr ist unter keinen Umständen höher oder ebenso hoch wie der von Ihnen zu zahlende Betrag. Selbstredend müssen Sie dem Gläubiger die Zinsen bezahlen. 2. Ihr Grundstück kann überhaupt nicht liquidiert werden. Beachten Sie den Artikel in Nr. 137 des „Pos. Tagebl.: „Wer kann liquidiert werden?“

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: i. V.: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: R. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Handel und Wirtschaft.

Von den Banken.

△ **Bank Kwilecki Potocki i Sp.** eröffnet bei der Handelsabteilung in Thorn, ul. Mostowa 22, eine Bankabteilung, die mit den Rechten einer Devisenbank ausgestattet ist und sämtliche Bankgeschäfte erledigt. Die Bank besitzt außerdem Abteilungen in Danzig, Inowrocław, Kattowitz, Ostrowo und Warschau.

△ **Die Danziger Mittelstandsbank** ist in Liquidation getreten. Dieser Beschluß wurde in der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Februar d. Js. gefaßt. Am 24. Mai fand die letzte Generalversammlung statt, bei der die Bilanz geprüft wurde. Infolge der bedeutend gestiegenen Unkosten hat sich der Gewinn für 1922 nicht wesentlich höher gestaltet als 1921. Infolgedessen mußte die Genossenschaft in Liquidation treten. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Schmoll und Hahn wurden zu Liquidatoren gewählt.

△ **Die Ostbank für Handel und Gewerbe in Königsberg i. Pr.**, die aus der im Jahre 1857 gegründeten „Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogtums Posen" in Posen hervorgegangen ist, führt ihren jetzigen Namen heute 25 Jahre. Neben der Umänderung der Firma wurde damals die Erhöhung des Kapitals von 1 000 000 Taler auf 8 000 000 Mark beschlossen. Zu gleicher Zeit trat die Ostbank auch in Beziehungen zur Seehandlung (Preußische Staatsbank). Alleiniges Vorstandsmitglied war damals Ernst Michalowsky, der als „Vollziehender Direktor" die Umwandlung durchführte. Der Genannte gehört auch heute dem Vorstand der Ostbank an, beabsichtigt allerdings, wie bekannt, sich demnächst in den Ruhestand zu begeben.

△ **Die Verluste der tschechischen Bank „Bohemia".** Nach den zuletzt aufgestellten Verlustziffern der tschechoslowakischen Bank „Bohemia" in Prag, die am 20. März d. Js. ihre Zahlungsunfähigkeit erklärte, betragen die Verluste genau 170 Millionen Tschechenkronen. Die Passiva betragen im ganzen 191, die Aktiva 73 Millionen. Die Kunden der Bank erhalten 33 v. H. ihrer Einlagen, die Aktionäre aber verlieren ihre Kapitalien vollkommen.

Industrie.

⊙ Die Aktiengesellschaft **„Hurtownia Rzeźnicka"** in Bromberg hält am 25. Juni in Bromberg ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen: Aufsichtsratswahlen, Erhöhung des Stammkapitals und Festlegung der Bedingungen für die neue Emission. Aktionäre, die an der Versammlung teilnehmen wollen, müssen später stets fünf Tage vor der Generalversammlung ihre Aktien oder Depositenquittungen in der Gesellschaftskasse vorlegen.

⊙ **Tow Akc. Leon Czarliński** beruft eine außerordentliche Aktionärversammlung auf den 30. Juni nach dem Hotel Polski in Ostrowo ein. Auf der Tagesordnung steht die Erhöhung des Aktienkapitals. Stimmberechtigt sind nur diejenigen Aktionäre, die dem Notar am Versammlungstage Bankbescheinigungen über deponierte Aktien oder die Aktien selbst vorlegen.

⊙ **Die Aktiengesellschaft „Młyn Poznański"** in Posen hält am 4. Juli in der Industrie- und Handelskammer in Posen eine außerordentliche Generalversammlung ihrer Aktionäre ab. Auf der Tagesordnung steht die Erhöhung des Aktienkapitals. Aktionäre, die sich an der Sitzung beteiligen wollen, müssen ihre Mantelaktien in der Bank Młynarzy oder im Kontor des Młyn bis zum 1. Juli niederlegen.

⊙ **Tow. Akc. „Wiepofana", Wielkopolska Odlewnia, Fabryka Maszyn i Narzędzi**, beruft zum 2. Juli nach der Posener Bank (Bank Poznański) die diesjährige Generalversammlung ihrer Aktionäre ein. Auf der Tagesordnung stehen Berichte, Gewinnverteilung und Wahlen zum Aufsichtsrat. Die Aktien sind bis zum 28. Juni in der Bank Poznański vorzulegen.

⊙ **Vor einer starken Steigerung der Kohlenpreise.** Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß die ostoberschlesische Kohle um 40 Prozent im Preise steigen soll. Auf Anfrage an zuständiger Stelle erfahren wir, daß eine Erhöhung des Kohlenpreises tatsächlich eintreten muß, doch wird die Zahl weit höher als 40 Prozent sein.

Generalversammlungen.

25. Juni: „Keramos", Fabrik von Porzellan und keramischen Waren T. A. Kolmar i. P. (Chodzież) nachm. 4 Uhr im Gebäude der Polski Bank Handlowy, Posen, Plac Wolności 8; Tagesordnung: Wahl des Aufsichtsrats und Quittung für Aufsichtsrat und Verwaltung. — **Teatr. Pomorski, Sp. A. Graudenz** (Grudziądz), abends 6 Uhr in der Drukarnia Pomorska, Graudenz: Rechenschaft und Bilanz, Liquidation und Wahl der Liquidatoren.

26. Juni: Dom Zakupu Bławatników Pomorza T. A., Posen, mittags 12 Uhr, bei Jarocki, ul. Marszałkowska 8: Rechenschaft und Bilanz für 1912, Gewinnverteilung, Satzungsänderung, Wahl des Aufsichtsrats.

28. Juni: „Wojciechowo", Fabryka Krochmalu T. A. Poznań, mittags 12 Uhr, in der Bank Związku, Plac Wolności: Rechenschaft, Kapitalserhöhung. — **Młyn Ziemiański T. A., Starołęka**, 5 Uhr nachmittags in der Pozn. Bank Ziemian, Posen, ul. Podgórna 10: Kapitalserhöhung. — **„Vesta", Versicherungsbank auf Gegenseitigkeit** (Bank Wzajemnych Ubezpieczeń, Poznań, 11 Uhr vorm. im Hotel Rzymski, Al. Marcinkowskiego: Rechenschaftslegung und Bilanz für 1922, Gewinnverteilung, Wahl zum Aufsichtsrat, Änderung der Versicherungsbedingungen. — „Vesta", Gesellschaft für Feuer- und Hagelversicherung, Poznań, 3½ Uhr nachm. im Hotel Rzymski, Aleje Marcinkowskiego; Tagesordnung dieselbe wie bei der Bank „Vesta".

30. Juni: „Savonia", Fabrik von Seifen und chemischen Erzeugnissen Sp. A., Bydgoszcz, 1 Uhr mittags in der Bank Dyskontowy, Bydgoszcz, Dworcowa 96: Rechenschaft und Bilanz für 1922, Gewinnverteilung, Wahl d. Aufsichtsrats, Kapitalserhöhung.

Geldwesen.

≡ **Die Maßnahmen gegen den Marksturz.** Auf Grund der energischen Regierungsverordnungen sind nach Pat. am 20. Juni durch die Abteilungen der P. K. K. P. fremde Valuten im Betrage von ungefähr 300 000 Dollar (30 Milliarden Mark) in Empfang genommen worden. Die Berichte vieler Abteilungen stehen noch aus. Der Andrang des Publikums, das Devisen ablieferte, soll ziemlich groß gewesen sein. Der Minister sieht vor, Devisen nur zur Begleichung von vorher eingegangenen Auslandsverpflichtungen, in geringerem Grade zum Ankauf von Rohstoffen freizugeben. Devisen zum Bezug von Luxuswaren (zum Beispiel französische Weine, Parfüms und Toilettenartikel usw. D. Schriftltg.) werden überhaupt nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Finanzminister beschäftigt sich mit den Arbeiten, die aus der Annahme von fremden Valuten durch die Regierung aus dem Export (von Holz, Zucker usw.) hervorgehen.

Wirtschaft.

♂ **Lenin für das Genossenschaftswesen.** Die Moskauer „Prawda" veröffentlicht einen Aufsatz „Über das Genossenschaftswesen", welcher Anfang Januar geschrieben und von Lenins Frau, Krupskaja, der Redaktion erst jetzt zum Abdruck übergeben worden ist. Lenin wendet sich darin gegen die Geringschätzung des Genossenschaftswesens seitens vieler Kommunisten. Er führt aus, daß das Genossenschaftswesen, allseitig durchgeführt und verständnisvoll geleitet, zu einer den Bauern einleuchtenden Form des Sozialismus führe. Darum müsse das Genossenschaftswesen gefördert werden, indem man ihm günstigere Kreditbedingungen, als den Privatunternehmungen und Prämien gewähre. Diese Entwicklung werde allerdings 10 bis 20 Jahre beanspruchen. Auch müsse die „asiatische" Auffassung des Begriffs „Kaufmann" durch eine kulturell-europäische ersetzt werden. Ein allgemeines Genossenschaftswesen bei Vergesellschaftung der Produktionsmittel und unter der Klassenherrschaft des Proletariats — dies sei bereits der Sozialismus.

Von den Märkten.

Der Kartoffelpreis in Danzig. Von der Notierungskommission für Speisekartoffeln wurden am 21. Juni je Ztr. notiert: Erzeugerpreis ab Verladestation 9000—10 000 M., Großhandelspreis frei Waggon Danzig 11 000—12 000 M., Kleinhandelspreis in der Stadt Danzig 15 000—16 000 M. Tendenz fest. In den Preisspannen sind Bahnfrachten, Fuhrlöhne und Gewichtsverluste mit einbegriffen.

≠ **Die polnische Reichsbank** zahlte am 19. Juni für Goldmünzen folgende Preise: Rubel 64 047, deutsche Mark 29 657, österr. Kronen 25 221, Dollar 124 552, Pfd. Sterling 605 610, holländische Gulden 50 046, skandinavische Kronen 33 364, österr. Dukaten 284 820, belgische und holländische Dukaten 284 140, 1 Gramm Feingold 82 749 M.

Die Kurse

aus **Danzig** und aus **Warschau** sind auch heute ausgeblieben.

Posener Viehmarkt vom 22. Juni 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: Ochsen: I. Sorte 880 000—900 000 M., II. Sorte 780 000—800 000 M., III. Sorte 680 000—700 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 740 000—760 000 M., II. Sorte 680 000—700 000 M., III. Sorte 600 000 M.

II. Schweine: I. Sorte 1 220 000—1 240 000 M., II. Sorte 1 160 000—1 180 000 M., III. Sorte 1 080 000—1 100 000 M.

Der Auftrieb betrug: 29 Ochsen, 60 Bullen, 72 Kühe, 283 Kälber, 730 Schweine, 496 Ferkel, das Paar 350 000—380 000 M., 22 Schafe, 39 Ziegen, 28 Zicklein. — Tendenz: sehr lebhaft.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 22. Juni 1923.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	280 000—310 000	Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	260 000—280 000
Roggen	162 000—172 000	Hafer	165 000—175 000
Braugerste	120 000—130 000	Weizenkleie	80 000
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	450 000—470 000	Roggenkleie	80 000

Marktsituation im allgemeinen unverändert. — Tendenz: ruhig.

Berliner Börsenbericht

vom 20. Juni.

Disk.-Komm.-Anleihe	160 000.—	Polnische Noten	110.—
Danz. Priv.-Aktienbank	43 000.—	Auszahlung Holland	51 500.—
Hartmann Masch.-Akt.	100 000.—	" London	607 500.—
Phönix	800 000.—	" Neuyork	130 000.—
Schuckert	740 000.—	" Paris	8 000.—
Hapag	375 000.—	" Schweiz	23 300.—
3½% Pos. Pfandbriefe	4000.—	Ungarische Goldrente	—.—
Auszahlung Warschau	114.—		

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

	22. Juni	21. Juni
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em. o. Bezr.	10 000	11 000—10 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	9500—9300	9700—9500
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	20 000—21 000—20 500	23 000—20 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	11 000	10 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	2900	3300—2900
Bank Młynarzy	1900	1900
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	9000—9500	10 000—9500
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	—.—	4000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	51 000—45 000—46 000	55 000—50 000
H. Cegielski I.—IX.	6800—7500	7000—6500
Centrala Rolników I.—VI. Em.	4300—4500	4300
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	9000—9500	8000
Goplana I.—II. Em.	50 000—48 000	50 000
C. Hartwig I.—V. Em.	4400-4800-4600	4800—4500
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	—.—	2000—1900
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	32 000—34 000	36 000—33 000
Iskra	19 000	20 000—19 000
Juno I. Em.	—.—	8500
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	270 000	—.—
Dr. Roman May I.—IV. Em.	83 000—95 000—85 000	85 000—83 000
Młyn Ziemiański I. Em.	15 000	15 000
Pneumatik	3000—3400	3500—3000
S. Pendowski I. Em.	6500-7500-7000	—.—
Płótno I.—II. Em.	11 000—12 000	13 000—12 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	—.—	10 000
Patria I.—VIII. Em.	10 000—8000—8500	10 000—9500
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI.	40 000—42 000	45 000—40 000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	30 000	—.—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	35 000—37 000	40 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	15 500—15 000	15 000—17 000—16 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	—.—	50 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	6000	6500
Żar I. u. II. Em.	40 000	—.—
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	20 500—20 000	21 000—20 000